

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

*sowie des*  
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Hantsch, verantw. Redakteur: Aug. W. ...  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anstalt  
für die dreispaltige Beilagen ober deren Raum 80 4.

# Verbandskollegen! Pflüchtreue Mitglieder bleiben dem Verbands nichts schuldig! Beitragsrückstand und Pflüchterfüllung sind Gegenfägel

Inhalt: Neuen Kämpfen entgegen. — Zur Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterlohnes. — Politische Umschau. — Das kommende Geschick. — Wirtschaftliche Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandesportales. Abrechnung des Verbandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Berichte. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg und Umgebung. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Eisenbahnwesen. — Noch einmal „Norddeutscher Grundstein“. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Verufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Anzeigen.

### Neuen Kämpfen entgegen.

In unserem Rückblick auf das verfloßene Jahr zogen wir, geführt auf den bisherigen Verlauf der Entwicklung, den Schluss, daß die natürlichen Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern zu immer größeren und schärferen Zusammenstößen führen müssen. Das besonders hervorzuheben, war darum um so mehr geboten, als es ja auch einmal eine Zeit gab, wo auch innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung Meinungen laut wurden, die von der Entwicklung der beiderseitigen Organisationen eine andere Gestalt der Verhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer erwarteten. Man glaubte, daß bei der Austragung der Interessengegenfätze die kontraktliche Verhandlung oder das schiedsgerichtliche Verfahren die gewalttätige Lösung durch Arbeitsentziehung allmählich verdrängen werde. Und manche Erscheinungen konnten man dahin deuten, daß sie dieser Entwicklung zustrebten. Doch diese ersten schwachen Anzeichen werden völlig verdrängt von neuen Symptomen, deren Tendenz für die andere Richtung spricht. Auf jeden Fall wäre es ein durch nichts gerechtfertigter Optimismus, wollte man sich gerade jetzt, im Zeitalter der Massenausperrungen, solchen Hoffnungen hingeben. Ja, es wäre direkt unverständlich, wenn die Arbeiterklasse eine Milde rung des Klassenkampfes erwarten wollte, wo auf der Gegenseite, bei den Verbänden der Unternehmer, die Mahnungen zu neuen Kämpfen das Feld beherrschen.

Für das Baugewerbe war es von vornherein klar, daß auch das neue Jahr Kämpfe in großer Anzahl bringen würde; darüber haben wir uns nie getäuscht. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung durch einen Aufruf, den der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an die deutsche Bauunternehmergesellschaft ergoßen läßt. In diesem Aufruf werden die Bauunternehmer zum Anschluß an den Arbeitgeberbund aufgefordert. Die Art und Weise, wie das geschieht, zwingt uns zu dem Schluss, daß das Bestreben der führenden Kreise im Arbeitgeberbunde dahin geht, sich zu großen Schlägen zu rüsten, die zu gegebenen, das heißt zu günstiger Zeit, gegen die Arbeiter und ihre Organisation geführt werden sollen. Das wird nicht offen ausgesprochen, denn die Matadore des Bundes wissen sehr wohl, daß ihre Macht dazu noch nicht ausreicht: von rund 50 000 Bauunternehmern, die der Bund für Deutschland schätzt, gehört etwa ein Fünftel, ja 10 000, dem Arbeitgeberbunde an. Es wäre aber verfehlt, wollte man daruin annehmen, es würde noch langer Jahre bedürfen, ehe die Unternehmer ihre Pläne verwirklichen können; die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß ihr Zusammenschluß in den letzten des Kampfes überraschend schnell vor sich geht. Die Unternehmer haben eben auch in den letzten Jahren die Bedeutung einer schlagfertigen Organisation kennen gelernt. Die Zustände, die

ihnen bei den Kämpfen der letzten Jahre abgerungen worden sind, haben bei ihnen eine Stimmung erzeugt, die jedem Vorschlage freudig zustimmt, der geeignet wäre, ihnen das Verlorene wiederzubringen. Wenn sie sich organisieren, so tun sie es, um zu kämpfen, nicht um weitere Zustände zu machen, denn das könnten sie ohne Organisation. Und das ist ohne Zweifel: sind die Unternehmer in der Lage, einen Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können, so müssen sie auch notgedrungen dem Kampfe eine möglichst große Ausdehnung geben. Sie kalkulieren ganz richtig, daß sich mit der Größe des Kampfes die Schwierigkeiten für die Arbeiter weit mehr steigern als für die Unternehmer. Der Verlust, den der einzelne Unternehmer bei der Arbeitsentziehung hat, bleibt sich völlig gleich; ob sich der Kampf nur auf einen Ort erstreckt, oder ob er ein größeres Gebiet umfaßt, ändert daran sozusagen nichts. Anders für die Arbeiterorganisation: sie wird von jeder Vergrößerung des Kampfes betroffen, sie hat für jedes ihrer beteiligten Mitglieder die Kosten des Kampfes zu bestreiten. Je größer also deren Zahl ist, um so schwieriger wird der Kampf für sie. Das ist der Grund, warum das Bestreben der Unternehmer auf möglichst Vergrößerung der Arbeitskämpfe gerichtet ist. Hieraus erklären sich die Ausperrungen, die die Unternehmer in den letzten Jahren vorgenommen haben.

Gegen diese Taktik der Unternehmer ist nur ein Kraut gewachsen: möglichstste Vollkommenheit unserer Organisation! Mit den neuen Kämpfen, die uns das neue Jahr bringt, sind uns auch neue Pflichten erwachsen. Hat unsere Organisation auch schon so manchem heftigen Anprall wider Stand gehalten, so darf uns das aber niemals in Sicherheit wiegen. Was bürdet uns dafür, daß diese Vorstöße nicht einmal eine Kraft annehmen, der wir nicht gewachsen sind! Vorbeugen ist daher unsere heiligste Pflicht, das natürlichste Gebot der Selbsterhaltung. Würde es dem organisierten Unternehmer jemals gelingen, unsere Organisation schwach zu sehen, dann brähe eine Periode für die deutschen Maurer an, wie sie sie noch nicht erlebt hätten. Darum ergeht heute schon, beim Eintritt in das neue Jahr, unser Mahnruf an die Kollegen allerorts, in Stadt und Land, an jung und alt, der Ruf zu frischer, nachdrücklicher und jäherer Arbeit für die Stärkung der Kampfescharen. Wir dürfen nie feiern!

Noch stehen uns viele Tausende unserer Berufskollegen gleichgültig, ja wohl sogar feindselig gegenüber. Nichts darf uns davon abhalten, auch sie für unsere Organisation zu gewinnen. Es ist Fleiß von unserem Fleiß, sie müssen sich gleich zu tagtäglich in Wind und Weiter abmühen, um Profite für die herauszuholen, deren Streben auf unsere Unterdrückung gerichtet ist. Ihre Interessen weisen sie zu uns; es kommt darauf an, sie ihre wahren Interessen erkennen zu lehren. Die Organisationsarbeit ist zum großen Teil Aufklärungsarbeit, sie verrichten zu können, mache sich jeder fähig. Und gerade jetzt ist die Zeit zur Selbstbildung durch aufklärende Lektüre. Benutze sie! Das neue Jahr stellt uns eine schöne Aufgabe: die 200 000 mit der Mitgliederzahl unseres Verbandes zu erreichen. Es ist möglich; wenn jeder Kollege tätigen Anteil an der Aufklärungsarbeit nimmt. Zweihunderttausend! Das wäre ein Resultat, das uns mit stolzer Genugtuung erfüllen könnte, das aber auch zugleich das endgültige Scheitern der vermessenen Pläne der Scharfmacher im Lager der Unternehmer bedeuten würde.

Nun wohl! Erfüllen wir alle unsere Pflicht. Nicht nur in den stark zurückgebliebenen Bezirken muß es geschehen, sondern auch dort, wo man glaubt, alles getan zu haben, auch dort lehre man alle Ecken und Winkel aus. Überall werden wir noch auf Berufskollegen stoßen, die nicht fähig sind. Wir brauchen sie alle. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Das gilt vornehmlich von der gewerkschaftlichen Organisation. Auch auf die jungen, angehenden Kollegen, die in den nächsten Monaten die Lehre verlassen, muß jetzt schon eingewirkt werden, damit sie den Weg zur Organisation nicht verfehlen.

Und nun zum Schluss noch eins: Unsere Parole sei: Vorwärts, aber vorwärts in Einigkeit! Weisen wir alle Veruche, Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen, energisch zurück; sie mögen kommen, woher sie wollen. Nichts tut uns in den kommenden Zeiten mehr not, als völlige Einigkeit, geschlossenste Aktion, eiserne Disziplin. Das sollte man besonders bei Kämpfen mit dem Unternehmertum beachten. Oft wird es hierbei vorzuziehen, daß von der Leitung eine Taktik besprochen wird, die zunächst unverständlich erscheint, viellecht unverständlich erscheinen muß, weil die Gründe nicht stets mit aller Deutlichkeit dargelegt werden können, um den Gegner nicht in die Karten blicken zu lassen. Da ordne man seine Wünsche dem Ganzen unter und verschleße sich nicht einer besseren Einsicht. Wäre das stets geschehen, dann wäre mancher Kampf mit größerem Vorteil für die Organisation abgeschlossen worden. Hoffen wir, daß auch hierin eine Besserung eintritt, daß auch in dieser Hinsicht jeder sich bietende Vorteil ausgenutzt werden kann und unnütze Opfer vermieden werden.

Sorgen die Kollegen dafür, daß diese unsere Wünsche, womit wir in das neue Jahr eintreten, in Erfüllung gehen: daß der Verband an Ausdehnung und innerer Kraft immer mehr und mehr gewinnt, dann sind wir allen kommenden neuen Kämpfen gewachsen. Dann mögen die Unternehmer rüsten und Kriegspläne schmieden — wir werden mit Ehren bestehen.

### Zur Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterlohnes.

Die Petition der Zentralkommission für Bauarbeiterlohn, von der wir bereits Notiz genommen haben, ist zur Verteilung an die Mitglieder des Reichstages gelangt. Unter gründlicher und umfassender Darlegung der Notwendigkeit reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiterlohnes bezweckt sie, die Zustimmung des Reichstages zu den diesbezüglichen antragsmäßig formulierten Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion zu erlangen. Die Eingabe erbitet auf Grund der amtlichen Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen sowie der Berichte der Gewerbe-Inspektionen der Krankenkassen und der baugewerblichen Vertrauenspersonen auf den Arbeitsplätzen den Nachweis, daß der Arbeiterschutz in den Baubetrieben bis jetzt völlig unzulänglich ist. Unsere Leser sind ja über die einschlägigen Tatsachen so genau unterrichtet, daß wir auf Einzelheiten in der Begründung nicht eingehen brauchen. Wir heben nur, daß die der Begründung angefügten statistischen Darlegungen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Wer diese Darlegungen beurteilt und genau prüft, der muß, wenn er vernünftiger und gerechterweise den Tatsachen Rechnung tragen will, sich zu der Überzeugung belassen, daß mit der reichsgesetzlichen Regelung



den alle Vereine aller angeschlossenen sozialistischen Parteien Massenversammlungen abhalten, und wo möglich Umzüge veranstalten.

Die reaktionäre Presse fordert die Regierungen der deutschen Staaten auf, diese Demonstration unter allen Umständen durch Verbote der Versammlungen und der Umzüge zu verhindern, obwohl der Aufbruch keinen Zweifel darüber läßt, daß eine Veranstaltung projektiert ist, die sich durchaus in den Grenzen des rechtlich Zulässigen hält. Wir haben zu den Massen der organisierten Arbeiter das Vertrauen, daß sie bei ihrer Teilnahme an der Demonstration ernsthaft bemüht sein werden, den reaktionären Gewalten nicht ermunterten Anlaß zum Einschreiten zu geben. Die Versammlungen in geschlossenen Räumen können ohne Bruch des Versammlungsrechts nicht verboten werden, während in den meisten deutschen Staaten Straßenumzüge nur dann gestattet sind, wenn die polizeiliche Genehmigung dazu vorher eingeholt ist. Daß diese Genehmigung nirgend erteilt werden wird, glauben wir annehmen zu dürfen.

Die Demonstrationen in Sachsen haben leider schon schwere Opfer gefordert. Vom Landgericht Dresden wurden bisher drei Arbeiter wegen Auftrags-, Bombenfriedensbruchs, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten usw. abgeurteilt. Der Zimmerer Wolf erhielt 1 Jahr und 2 Monate Gefängnis, der Metallarbeiter Scheiter 3 Jahre Gefängnis und 2 Wochen Haft, der Bauarbeiter Steuer 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis.

In England, wo das Volk das Recht der öffentlichen Demonstration hat, erregen die Aufzüge der Arbeitslosen auf den Straßen und im Hyde Park wieder einmal „Beunruhigung“ in den Kreisen der herrschenden Gesellschaft. Bis jetzt ist dort so wenig wie anderwärts etwas Ernsthaftes unternommen, die Frage der Arbeitslosenunterstützung im Sinne der Gerechtigkeit zu lösen. Höchstens bietet man den hungernden Proletariern, die keine Beschäftigung finden können, Almosen, und noch dazu völlig unzulängliche.

Die englischen Trades-Unions stehen vor einer energischeren, selbständigen, politischen Betätigung. Ihr parlamentarisches Komitee hat folgendes Manifest erlassen:

Gewerkschaftscollegen! In den letzten zehn Jahren hat das Eigentumsmonopol ungeheuer geherrscht. Die Regierung, die auf Grund ihres Versprechens, Alterspensionen zu gewähren, bei den Wahlen gesiegt hat, tat alles, um das Volk zu Gunsten der reichen Müßiggänger auszunutzen.

Rückwärtslose Abenteuer nach außen, massenhafte Vererbung im Innern — dies ist die Bilanz der Regierung. Durch kein allgemeines Prinzip verbunden, ohne Grundsätze und ohne politischen Gemeinsinn, aber voller Vertrauen gegen das Volk, kammerten sich die Minister an ihre Posten, solange sie noch einen Stützpunkt finden konnten.

Jetzt ist die Zeit der Wahlen für ein neues Parlament gekommen. Bis jetzt haben die Arbeiter einen sehr ungleichen Kampf im Parlament geführt, da die Mehrheit des Unterhauses ganz auf Seite des Kapitals stand. Ihr seid die Weisheitszeuger des Landes, und da ihr das Wahlrecht besitzt, so sollt ihr es in Eurem eigenen Interesse gebrauchen. Die Unternehmer handeln immer so und benutzen zudem allen ihren Einfluß, um die Arbeiterreihen zu teilen und Euch zu überreden, für sie zu stimmen.

Der Trades Unions-Kongreß hat jedes Jahr Resolutionen angenommen, die aber nur dann Gesetzeskraft erhalten können, wenn eine starke Arbeiterpartei im Parlament vorhanden ist. Der Kongreß hat ferner verlangt, daß die Gewerkschaftslisten kürzer gestellt werden und das Gewerkschaftsrecht so gestaltet wird, wie es vor dem Raff-Vale-Einbruch war.

Wir erziehen Euch, nur solchen Kandidaten Eure Stimme zu geben, die für folgende Grundzüge und Maßnahmen einzutreten sich verpflichten:

1. Die Grundzüge, die in der Trades Disputes-Bill (Gewerkschaftsvorlage) niedergelegt sind;
2. die Verbesserung des Unfallgesetzes;
3. Verbesserung des Erbschaftgesetzes, so daß Arbeitslose, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, Gewerkschafts-Löhne erhalten;
4. Abschaffung der chinesischen Arbeitsverträge in Südafrika;
5. die Gewährung von Alterspensionen an Arbeiter im Alter von 60 Jahren;
6. die Erweiterung des Befähigungsgesetzes;
7. Übernahme der Wahllosen durch den Staat;
8. allgemeines Wahlrecht (Frauen eingeschlossen);
9. die Einführung des Achtstundentages.

Jetzt ist die Gelegenheit da, für diese Reformen zu wirken. Stimmt für keinen Kandidaten, der das gewerkschaftliche Programm nicht vertritt! Stimmt für Arbeiterkandidaten und andere Kandidaten, die sich bereit erklären, gegen den Schutzholl zu wirken, für eine Schulreform und für das Gewerkschaftsprogramm zu stimmen!

In allen Wahlkreisen aber, wo ein Arbeiterkandidat aufgestellt ist, da sollen die Gewerkschafter einheitlich für ihn stimmen, ganz gleich, welcher politischen Schule er angehört. Zeigt Euren Gegnern, daß ihr Männer seid, die fähig sind, ihren Pflichten zu erfüllen!

In diesem Gewerkschaftsmanifest tritt der Gehalt einer politischen Klassenpartei klar hervor. Die alte Ausgestaltung einer solchen wird ganz sicher erfolgen.

Das politische Leben in Deutschland wird demnächst eine kräftige Anregung erfahren durch die Veranstaltung einer sozialdemokratischen Propaganda in preussischen Staaten gegen das Dreiklassenwahlrecht zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag. Am 21. Januar sollen in der ganzen Monarchie Massenversammlungen zu diesem Punkte abgehalten werden. Moralische Pflicht aller Arbeiter ist es, sich an diesen Kundgebungen

zu beteiligen. Handelt es sich doch darum, der politischen Entrechtung der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung im geliebten Lande Preußen ein Ende zu bereiten, ihr den Weg zur Mitwirkung an der Gesetzgebung des Staates frei zu machen. — In ähnlicher Lage befindet sich die Arbeiterchaft Hamburgs. Hier soll das bisher schon ganz zu Unrecht als „gleiches allgemeines“ bezeichnetes Wahlrecht so verschlechtert werden, daß den Arbeitern dauernd jeder Einfluß abgeschnitten wird. Auch der hamburgischen Arbeiterchaft wird demnächst Gelegenheit gegeben werden, einmütigen und ruhmreichen Protest gegen den geplanten Wahlrechtsraub zu erheben.

Unter Berufung auf das „Überwigen der revolutionären Gewaltpolitik in der deutschen Sozialdemokratie“ — das tatsächlich gar nicht vorhanden ist — fordert die Schamacherpresse die Regierung zu „energischer Umkehr“ auf. Die freikamerarische „Post“ verlangt „vorbeugende Maßregeln“ in Gestalt eines Gesetzes gegen den politischen Generalfreier, der nach ihrer Behauptung dem „Versuche des generalistischen Umsturzes“ dienen soll. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die reaktionäre Presse die völlig unzutreffende Deutung, die dem Genauer-Parteilagsbericht, betreffend den politischen Waffentritt, von einigen revolutionären Romanikern in der sozialdemokratischen Partei gegeben wird, in gefälliger und frivoler Weise frustifiziert und als Vorwand für das Begehren nach neuer ausnahmsrechtlicher Behandlung der Arbeiterklasse verwertet.

In den Debatten des Reichstages, der am 9. Januar wieder zusammentritt, wird diese „Frage“ wohl noch eine Rolle spielen.

Die Zentrumsblätter mitteilen, sollen sich die maßgebenden Parteien nimmere entschlossen haben. Dem Reichstage die verlangten Voten zu zahlen, um dem Uebel der äronischen Verfassungslösung ein Ende zu machen. Uebrigens sind in der letzten Woche in konservativen Blättern Stimmen laut geworden, die mit der Wahlscheidung einer Auflösung des Reichstages anlässlich der Steuerprojekte der Regierung rechnen. Es würde aber sehr unglücklich für die Regierung sein, für Neuwahlen die Parole „Steuerermehrung“ auszugeben. Diese Parole würde ihr einen „besseren“ Reichstag sicher nicht bringen.

Gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks wenden sich die beteiligten Kreise mit großer Entschiedenheit. Besonders sind es die Tabakarbeiter, die eine lebhaftige Agitation in Wort und Schrift entfalten, um die Regierungsvorlage zu Falle zu bringen. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutshlands hat in einer Reihe Flugchriften die voraussichtlichen Folgen des Steuerprojektes erörtert. Es heißt da:

„Durch die jetzt geplante Erhöhung des Tabakpreises, der Tabaksteuer, sowie durch die neu einzuführende Zigarettenpapiersteuer würde ein Mindertouren von den Zigaretten der Tabakindustrie eintreten, der selbst von der Reichsregierung nicht zu knapp in ihrer Aufstellung und Begründung derselben anerkannt worden ist; z. B. schätzt die Regierung den Verbrauch an Zigaretten auf jährlich über 44 Milliarden, was einen Steuerertrag durch die Papiersteuer von circa 13 bis 14 Millionen Mark ausmacht; indem sie die Verwaltungskosten in Abzug bringt, rechnet sie doch noch circa 13 bis 12 Millionen Meins-Einnahme. Trotzdem stellt sie nur fünf Millionen Mark in den Etat ein. Also ist von der Regierung selbst schon ein Mißgang von über die Hälfte des Konsums ins Auge gefaßt.“

Bei der Zigarettenbranche rechnet sie ebenfalls mit einem ziemlichem Minderverbrauch, nur rechnet sie damit, daß der Konsum sich wieder der Tabakpreise zuwenden würde, was aber nichtbestimmten der Umwegang der gesamten Kleinbetriebe in der Zigarettenindustrie bedeuten würde.

Wenden wir uns mit der Regierung auch auf einen ähnlichen Mißgang wie in der Zigarettenbranche, so wäre die Zahl der brotlos werdenden Arbeiter mit 60 000 weit, weit unterdächig. Rechnet doch die Süddeutsche Tabakfabrikation, ein Arbeitsgebiet, nach ihrer angelegten Berechnung des Konsumrückgangs eine Brotlosmachung von rund 80 000 Arbeitern zusammen. Durch den Mißgang des Konsums würden aber auch die mannigfachen Hilfsgeber der Tabakindustrie empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden, die vielen Tausende von Arbeitern der Chromolithographie, der Wandindustrie, sämtlicher Zweige der Papierindustrie, der Zigarettenformen-, Röhren-, Nägels- sowie Maschinenfabrikanten von Memel bis Hanau. Die Kartonnagenfabrikation für die Zigaretten würde ebenfalls einen recht empfindlichen Anstoß erleiden; ebenso die Gatt- und Schankwirte, die Importeure, Hoteliers und Zigarettenhändler. Während die genannten Arbeiter in den Hilfsgebern ebenfalls einen namhaften Teil zu den Brotlosen stellen würden, kämen auch noch die in Nebetriebesbetriebe tätigen Schiffer, Baggers und Speidrarbeiter, Handlungsangestellte z. ebenfalls in Frage.“

Die Zentralkommission fordert dann die Arbeiter Deutschlands auf, ihren Protest mit dem der Tabakarbeiter zu verbinden. Die Arbeiterchaft wird, daran zweifeln wir nicht, dem Mißgang in der Brotlosmachung freudig Folge leisten, gilt es doch, unglückliches Elend von einer ohnehin schon schwer bedrückten Arbeiterchaft abzuwenden.

### Das kommende Geschlecht.

Man mag vielleicht darüber streiten, ob die Anstellung von Schulkindern bisher ihren Zweck voll erfüllt hat — (soweit nicht unbestreitbar fest, daß erst durch die Tätigkeit der Schulärzte in größerem Umfang Mangelgeschaffen worden ist über die gesundheitliche Beschaffenheit unserer Schuljugend. Die schularztlichen Berichte haben durchgängig konstatiert, daß es um die Gesundheit der Jugend überhaupt alle Begriffe schlecht bestellt ist, daß das kommende Geschlecht an Lebensfähigkeit und Lebenskraft außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt. Die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaftsordnung wird ihrer durch Schiffsflaver, Ausbeutung und Hungerpolitik bewirkten sozialen Verelendung, die die Armut, die Beschäftigung und die Degeneration zur Massenerschöpfung gemacht hat, schlägt auch den Nachwuchs der Gesundheit der Jugend des Proletariats, der für die überreichliche Menge des gesunden Proletariats aus der überreichen Menge des von Schulärzten zumammengeträgten Materials seien einige Angaben zur Beleuchtung des körperlichen Elends unserer Schuljugend hier angeführt.

In Dresden erwiesen sich von 6005 unterjuchten Kindern 50,5 pSt. als krank, darunter waren 19,5 pSt. Blutarmer und Schwächliche, 16 pSt. waren mit Mund- und Nasenkrankheiten, 9 pSt. mit Drüsenanschwellungen behaftet, 12,4 pSt. litten an Krampfleiden des Nerven Systems, besonders Nerven, 6,3 pSt. wiesen Sprachstörungen auf und 3,8 pSt. waren geistig schwach.

In Stuttgart stellte der Stadtarzt, Dr. Gaffner, fest, daß von 10 100 Kindern nur 16,7 pSt. als normal zu bezeichnen waren. Selbst wenn man die mit Nerven- oder Lungeleiden behafteten Kinder als gesund gelten ließ, blieben noch immer 67,4 pSt. die als irgend eine Krankheit litten. Bei 44,2 pSt. wurde Nervenleiden, bei 18,9 pSt. mangelhafter Ernährungszustand festgestellt. Die Zahl der mit Lungeleiden behafteten Kinder stieg von 16,9 pSt. in manden Schulen bis zu 33,5 pSt. In den fünf oberen Klassen waren 2028 Kinder erkrankt, außerdem wurden noch etwa 4000 Kinder im Haushalt der Eltern beschäftigt. In diesen Zuständen dürfte die Hauptursache der meisten Krankheiten und Gebrechen zu suchen sein.

In Wiesbaden, dem Eldorado der Gossinang und der Aristokratie, waren von 883 Schulneulingen nicht weniger als 683 mehr oder minder krank, in einem anderen Jahre von 985 sogar 748, das sind 76 pSt., während in den Mittelschulen nur 42,3 pSt. als krank zu bezeichnen waren. Als förperrlich mangelhaft erwidelt wurden bei den Mittelschulern 2,4 pSt., bei den Volksschulern 5,6 pSt. der Kinder befunden.

In Offenbach war von 2110 unterjuchten Kindern bei 37 pSt. der Ernährungszustand nicht befriedigend; sie zeigten sich durch allgemeine Körperliche Schwäche, Magertell, schlaffe Muskulatur, blaße Gesichtsfarbe und schmalen Mund unvortheilhaft von den übrigen aus. 7,7 pSt. waren mund- oder nasenkrank, 3,1 pSt. augenleidend, 4,2 pSt. geistig schwach.

Auf dem ersten Tuberkulose-Kongreß in Berlin erklärte Dr. Ritter, Berlin, er habe durch eingehende Studien festgestellt, daß in Berlin 90 pSt. aller Kinder strobopulos seien. Gleichzeitig betätigte er die Mitteilung, die Dr. Betschold-Danzig unter großer Bevegung der Versammlung gemacht hatte, nämlich, daß nach seinen Untersuchungsresultaten 85 pSt. aller Kinder als mit den Keimen tuberkulöser Erkrankungen behaftet angesehen werden müßten. Auch von anderen Ärzten sind diese fürchterlichen Konstatierungen ganz oder teilweise bestätigt worden. In Nadebeul bei Dresden waren von 200 schulärztlich unterjuchten Kindern 185 mit Strobopulos, 100 mit Zahnfäule, 21 mit Kurzsichtigkeit, 18 mit Nasenpolypen, 12 mit Mandelentzündungen, 12 mit Schmerzschiefheit usw. behaftet; in Schöneberg bei Berlin konnte von 1665 Kindern kaum ein einziges als völlig gesund bezeichnet werden; in Nadebeul stellte der Schularzt bei 57 von 180 Kindern tuberkulöse Erkrankungen fest; in Nadebeul waren 40 pSt. der Schülerrinnen krank, was selbst den Arzt übertraf, Augenkrank oder kurzichtig waren 110, ohrenleidend 66, nasentran 22, hergeleidend 27, mit Krampfleiden der Luftwege behaftet 81, magen- und darmkrank 14, nervenleidend 44, knochen- und gelenkrank 19, blutichtig, strobopulos und rhabdismus 80, mit Sprachfehlern behaftet 17, allgemein körperlich schwach 8, an Krampfleiden der Lymphgefäße leidend 14. Und diese Kranken, Schwachen, siedeln Mädchen sollen das zukünftige Geschlecht zur Welt bringen!

In Berlin konnten von den Schulärzten bisher nur etwa 44 pSt. der unterjuchten Kinder als gesund bezeichnet werden. Unlänglich macht sich die Zurückbildung von 10 bis 12 pSt. der Schulneulinge wegen zu schwächlicher Körperkonstitution nötig.

In der Provinz Sachsen gibt es nach einer Statistik des Samariterhauses in Crauf bei Magdeburg unter 2,8 Millionen Einwohnern 1512 verküppelte Kinder unter 14 Jahren. In der Provinz Posen trafen nach Angaben des Pfarres Hofst vom Kreuzader Diakonissenhaus mehr als 49 000 Krüppel ihr elendes Dasein; 6806 von ihnen haben keinen Schulunterricht genossen. Daß sich das Meer der Krüppel in der Hauptstadt aus dem Proletariat rekrutiert, lehrt die Tatsache, daß sich unter den erwähnten 1512 Krüppelkindern nur 83 aus bemittelten Familien befanden. Ursache der körperlichen Verunstaltung war in den meisten Fällen Krankheit und mangelhafte Pflege.

Ohrenleidend erwiesen sich in München von 2000 Kindern 20 pSt., in Cr. Wartenberg von 700 Kindern über 100, in Pflauen i. B. 27 pSt. aller Schulbesucher, in Berlin 85 pSt., im Kreise Hildsburg 2142 von 7537.

In Mecklenburg waren von 251 taubstummen Kindern nur 145 (57,5 pSt.) einem Arzt vorge stellt worden, obwohl bei zwei Dritteln die Möglichkeit einer Heilung oder Milderung des Leidens bestand.

In Stralsburg i. C. wurde festgestellt, daß von 10 661 unterjuchten Kindern nur 185 ein gutes Gehör hatten. 262 562 Zähne hätten vorhanden sein müssen, aber nur 67,3 pSt. waren vorhanden und davon waren nur 48 pSt. gesund. Die Zahnpflege liegt, wie umfangreiche Statistiken beweisen, allgemein sehr im argen; dabei bilden farbige Zähne im Kindesalter eine Hauptertragsorte für den Tuberkulosebazillus. Es entstehen hierbei die sogenannten strobopulösen Halsimpfdrüsen, die bei 90 pSt. der Berliner und bei 85 pSt. der Danziger Gemeindegelinder vorgefunden worden sind.

Alle diese Angaben, mit denen keineswegs das zu Gebote stehende Material erschöpft ist, beweisen, daß der Gesundheitszustand unserer Jugend ein grauenhaftes, erschreckendes Bild darbietet. Es gibt keine Erlösung, die groß genug wäre, um die Sünden und Frevel wieder gut zu machen, die unsere herrschende Gesellschaft nicht nur dem gegenwärtigen, nein, auch dem kommenden Geschlecht gegenüber bisher verübt hat und noch tagtäglich verübt.

Zur Bänderung des fürchterlichen Zustandes könnte unsere Schulergziehung mancherlei beitragen, wenn sie den Forderungen der Hygiene und den Ergebnissen der experimentellen Forschung entsprechend gestaltet wäre. Aber dies ist leider nicht der Fall. Sie weist eine unendliche Menge von Mängeln und Verfehlungen auf, die schwere Schädigungen der Gesundheit unserer Kinder zur Folge haben. Anstatt den Leib zu erziehen, den Körper zu stärken, das Kind zur Kraft, Gesundheit, Weisheit und Schönheit zu führen,

macht die Schule durch ihre unvernünftige Lehrmethode und ihre überlebte Organisation des Unterrichtsbetriebes die Kinder noch kränker als sie ohnehin schon sind. Tatsachen beweisen.

Dr. Jappert in Wien untersuchte während dreier Jahrgänge 1899 Knaben und 1041 Mädchen und machte dabei die Erfahrung, daß in den ersten beiden Schuljahren die Erkrankungen der Atmungsorgane eine große Höhe erreichten, in den nächsten beiden etwas abnehmen, in den darauf folgenden beiden am niedrigsten sind, um dann in den letzten zwei Jahren wieder aufzusteigen. Mädchen erkranken häufiger als Knaben. Jappert sieht als die wesentlichsten Ursachen dafür, daß die jüngeren Schulkinder vor allem erkranken, den Schulbeginn in früher Morgenstunde, den Zwang, bei jeder Witterung auf die Straße zu gehen, den starken Temperaturwechsel zwischen Schulstube und Aufenthalt im Freien und den Staub in den Klassenzimmern an. Der Anstieg von Lungenerkrankungen in den letzten beiden Schuljahren ist besonders ernst zu nehmen, da einem nicht geringen Teil der Erkrankten die Lungentuberkulose droht.

Der schwedische Physiologe Axel Key untersuchte 11 000 Schüler auf sogenannte Schulkrankheiten: Nervosität, Kopfschmerz, Bleichsucht u. dergl. Dabei ergab sich: Vom Schluß des ersten bis zum Schluß des zweiten Schuljahres verdoppelt sich die Zahl der schulfunktionierenden Kinder. Das erste Schuljahr weist 17,6 pZt., das oberste bis 60 pZt. schulfunktionierende Kinder auf. In Dänemark wurden ähnliche Resultate gefunden.

In Halle fand der Schularzt Dr. Schmid-Monard bei der Untersuchung von 3000 Kindern, daß die Schulkrankheiten 80 pZt. Knaben und 40 pZt. Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren, aber 60 bis 70 pZt. der Schüler im Alter von 16 bis 17 Jahren ergriffen hatten. In den ersten drei Monaten des Schulunterrichts nahm das Gewicht der Volksschülerinnen um 1 1/2 Pfund ab, und im siebten Lebensjahre, also im ersten Schuljahr, nahm das Gewicht der Kinder, die eine Schule besuchten, um 1 kg weniger zu als das der gleichalterigen Kinder, die nicht Schüler waren, und das Rängenmaß jener blieb um 2,1 cm hinter dem der Nichtschüler zurück.

In Dresden stellte der Lehrer Graupner fest, daß die einmal Sitzengebliebenen am ein, die zweimal Sitzengebliebenen um zwei Jahreswachstume zurückgeblieben waren, wie denn auch die Entwicklungsbilanzierung zwischen Kindern aus ärmeren und aus wohlhabenden Familien ein bis zwei Jahreswachstume betrug.

Professor Axel Hertel konstatierte bei Sechsjährigen nach dem Eintritt in die Schule ganz erhebliche Veintächtigung der Atmung, des Blutkreislaufs und des Stoffwechsels. Nach Axel Key steigern sich Nervosität und Kopfschmerz vom ersten zum zweiten Schuljahr um das Siebenfache, was auf eine widernatürliche geistige Beanspruchung hinweist.

Die Nüchternvertrümmerung, eine Folge des langen Sitzens auf Schulbänken im frühen Kindesalter, findet sich nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Schulärzte bei mindestens 60 pZt. aller Schulkinde. Prof. Dr. Lorenz, Prof. Dr. Hoffe, Dr. Schulz u. a. hezeichnen sie als Schulkrankheit, die sofort verschwinden würde, wenn sich die Schule einer naturgemäßen Unterrichtsmethode bediente.

Daß die heutige Schule besonders auch Kurzsichtigkeit und Augenleiden hervorruft, hat Prof. Cohn schon vor einem Menschenalter nachgewiesen. Dr. Schmid-Monard fand in den erweiterten Volksschulen in Halle zu Anfang 0,5 bis 1,5 pZt. Brillenträger Kinder, im 11. Jahre schon 4,5 pZt. und im 14. Jahre bei Knaben 4,7 pZt., bei Mädchen 8,6 pZt. Auf den höheren Mädchenschulen stieg die Zahl bis zu 13,3 pZt., auf den Knabenschulen sogar bis zu 48 pZt.

Statistische Erhebungen über die Verbreitung des Stotterens haben ergeben, daß auf das Alter von 6 bis 7 Jahren 6 pZt., auf das von 7 bis 8 Jahren schon 10 pZt., auf das von 11 bis 12 bereits 15 pZt. Stotterer entfallen, und daß die Ursachen dieser rapiden Zunahme auf unseren Schulunterricht zurückzuführen sind.

So arbeiten soziales Elend und verkümmertes Schulbetrieb mit vereinten Kräften an der Verminderung der Gesundheit und Lebensfähigkeit des künftigen Geschlechts. Mit kleinen Schulreformen wird dem Uebel ebensowenig gesteuert wie mit den Quacksalbereien der bürgerlichen Sozialreform. Hier ist ganze durchgreifende Arbeit notwendig, denn das Uebel sitzt im inneren Mark; nur die Schaffung neuer Verhältnisse vom Grund aus kann den erforderlichen Heilungsprozeß bewirken. Die Reorganisation der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation wird nicht nur eine Verkopfung der Quelle aller Leiden und Nöte des Volkes bedeuten, sie wird auch der Beginn einer neuen Schule, einer neuen Erziehung sein, die den Menschen zur Gesundheit, Kraft und Schönheit des Körpers wie des Geistes erheben wird.

Wirtschaftliche Mundschau.

(Aus dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“.)

Allgemeine Abkantung durch die russischen Nachrichten. — Neue Diskontierung. — Starke Kohlenbedarfs. — Verbandspolitik. — Amerikanische Baumwollenernte und europäischer Industrieertrags. — Hamburg-Bremen.

Die kapitalistische Angst vor der vollständigen Entwertung der russischen Staatsanleihe und der vielen Millionen von damit verknüpften Eisenbahnen, Bank- und Industriewerten wirkt allmählich immer tiefer. Ein Zusammenbruch müßte sich von den nächstbeteiligten aus weiter über andere Kreise ausbreiten und deshalb ist es kein Wunder, daß auch deutsche Industrie- und Verkehrsaktien abflauen, nachdem sie allerdings vorher, etwa bis Ende Oktober, maßlos emporgetrieben worden waren. Die vierprozentigen russischen Staatsanleihe — um ein bezeichnendes Beispiel herauszugreifen — fanden seit 1895 bis hinein in das Jahr 1903 auf etwa 102 pZt. sie notierten am 15. Dezember noch nicht 78%, am 16. Dezember 78,00 pZt. und niemand traut ihrem ferneren Schicksal. Das läßt jedoch das Vertrauen und ihre Spekulationslust nach allen Seiten. So fielen zwischen dem 21. Oktober und dem 16. Dezember: Deutsche Bank von 242,50 auf 228,00, Dresdener Bank von 167,50 auf 160,00, Bismarckbillette von 840,75 auf 826,00, Consolidation (Echalle) von 448,75 auf

427,50, Rheinische Stahlwerke von 208,00 auf 198,00, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft von 283,25 auf 217,50, Hartmann Maschinen von 134 auf 127, Schwarzkopf von 252,25 auf 238,50 usw. Inzwischen sind diese Bewertungen noch immer recht hoch und sie bieten nicht den geringsten Vorwand, Arbeiter mit ihren Forderungen auf Vorkörperung abzuweisen — die Arbeiter würden froh sein, wenn ihre Löhne seit dem Beginn der besseren Konjunktur in entsprechender Weise gestiegen wären, wie seitdem, trotz zeitweiliger geringer Rückschläge, die Kurse und die Dividenden.

Die Einschränkung des alten spekulativen Ueberwanges erklärt sich fortgesetzt auch weiter aus der Schwerkundigkeit und Kurzung des Kapitalismus, dessen Heranziehung nun einmal zur unentbehrlichen Grundlage des ganzen Geschäftsbetriebs an der Forderung, im Warenhandel, in der Produktion — man denke an die Baugewerbe — und im Transport gemessen ist. Die Reichsbank glaube in ihrer Diskontpolitik noch weiter als bisher gehen zu müssen, teils um sich für den enormen Bedarf des Jahreswechsels zu rüsten, teils um möglichen, unvorhergesehenen Ereignissen nicht unvorbereitet gegenüberzutreten und den allzu hitzigen Spekulationsseifer zu dämpfen; der Reichsbankdiskont wurde am 11. Dezember von 5% auf 6 pZt. erhöht, freilich nicht ohne Widerspruch im Zentralauschuß, der sonst den Vorkäufen der Bankleitung meist unmissverständlich zugestimmt — und unter fortwährender starker Erregung weiterer Geschäftskreise im allgemeinen, denen die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten am Jahresabschluss mehr Kopfschmerzen bereitet wie bei „flüssigerem Geldstand“.

Daß die Unternehmung trotz alledem nach wie vor im fetten Schwimmen, beweist am besten der Kohlenmarkt. Nach der „Cöln. Volkszeit.“ hat in Rheinland-Westfalen der Bedarf an Kohlen, Koks und Briketts einen noch nicht dagewesenen Umfang angenommen. Vor allem die Nachfrage der Eisenwerke sei ganz gewaltig. Die gemischten Unternehmungen treten, trotz Anspannung ihrer ganzen Leistungsfähigkeit, mehr und mehr als Käufer von Kohlen nach außen hin auf, nicht ohne abermalige Reibungen mit den „reinen“ Werken, die jetzt bei schwierigerer Bedienung des Brennstoffbedarfes, den Stief und umdrehen und verlangen, daß ihr Bedarf in erster Linie befriedigt wird, weil sie, neben anderen Großverbrauendern und Gändlern, schon in den Zeiten weniger stotter Verkehres die besten Kunden des Handels waren. Die Vorräte bei den Werken, sowohl in Kohlen wie in Koks und Briketts, sind geringer als je sein. Infolgedessen hat das Kohlenyndikat die bisher beachtliche Einschränkung der Erzeugung weiter heruntergesetzt: bei der Kohlenförderung bis auf 10 pZt., bei der Kokszerlegung bis auf 8 pZt. In maßgebenden Kreisen, heißt es dann in der „Cöln. Volkszeit.“ wörtlich weiter, „rednet man mit einer längeren Fortdauer dieser günstigen Verhältnisse, was daraus ersichtlich ist, daß das Kohlenyndikat in einer Mundfrage bei den Werken über die für 1906/07 abzugebenden Mengen den Vorschlag für Kohlen auf 85 pZt., für Koks auf 92 pZt. und für Briketts auf 85 pZt. der Beteiligung schlägt. Von Seiten des Kohlenyndikates sieht man also nicht unklar in die Zukunft. Auch aus den französischen und italienischen Marktplätzen laufen seit etlichen Wochen große Bestellungen ein, die nur zum Teil befriedigt werden können. Ebenso erscheint wieder Amerika mit einer neuen Nachfrage auf unserm Markt.“

Beachtenswert ist, wie die Syndikate die günstige Konjunktur zur Festigung der kapitalistischen Verbände auszunutzen, nämlich nicht nur zur eigenen Festerorganisation, sondern ebenso zur größeren Geschlossenheit der Arbeiter oder Lieferanten: aus guten Gründen verhandelt und verkauft hier am liebsten die Organisation mit Organisation, während man in den kapitalistischen Beziehungen zur Arbeit vor solchen freien Gebanden meist noch zurückzuckt. So hat der Stahlwerksverband schon beschlossen, die seinen Abnehmern (zur Ermöglichung und Förderung der Ausfuhr von Fertigzeugnissen) gewährten Vergütungen nur solchen Verbänden zuteil werden zu lassen, die für das In- und Ausland fest geschlossen sind. Als solche Verbände betrachtet der Stahlwerksverband den Walzdrahtverband, das Gas- und Gießerhandwerk, den Drahtstiftverband und die Schwarzblechvereinigungen. Der gerade in der Mauerung befindlichen Organisationen der Drahtindustrie wird die Entziehung des Ausfuhrzuschusses ab 1. April 1906 angedroht, wenn bis dahin keine abermalige Verständigung unter den feindlichen Wribern erzielt ist. Diese Politik ist in sich durchaus folgerichtig; ein Verkehr mit vollständig-desorganisierten Abnehmern mag vielleicht, wenigstens vorübergehend, gewisse Extraprofite abwerfen; sowie man jedoch einmal mit einer aufstrebenden und sich ausbreitenden Organisation ernstlich rechnen muß, vereinfacht es alle Verhandlungen und erleichtert es also zu treffenden Preis- und Abfahregelungen, wenn einem geschlossenen Einheiten mit legitimeren Vertretern und geordneter Verfassung gegenübersteht. Dies festigt sogar den eigenen Verband, weil den eigenen Außenseitern die wirtschaftliche Geschäftsmacherei mit fremden Außenseitern abgeschnitten ist. Ähnliche Erfahrungen haben gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter gleichfalls schon gemacht und sie werden mit der Zeit die Taktik aller Verbände fähig beeinflussen. Bei den Eisenyndikaten bedingt die ganze Art des Aufbaues allerdings die Gefahr, daß die verhängnisvolle Erleichterung der Ausfuhr und die entsprechende Lieberzeugung des Inlandsmarktes noch mehr erleichtert wird.

Anfang Dezember ist die Baumwoll-Ernteschätzung des Washingtoner Landwirtschaftsamtes erschienen, die man als eine enttäuschende anzusehen genötigt ist, obwohl wesentliche Korrekturen noch recht häufig zu bezugeln waren. Das Ergebnis wäre demnach (für die außerschlaggebenden Vereinigten Staaten):

Table with 3 columns: Item, In diesen Jahre, Im Vorjahre. Rows: Angebaut Fläche, Baumwollenernte.

Bedauerlich hätten die Baumwollfarmer, zur Erzielung besserer Preise, den Anbau mit Absicht verringert.

Dennoch rief der Ausfall um nahezu 2 000 000 Ballen in New York am 4. Dezember eine wilde Kaufbewegung hervor, während die um ihre Engagements besorgten Wollverkäufer von einem panischen Schreden befallen wurden. In diesem Tage wurde mit 12,85 Centis per Pfund der Höhepunkt in diesem Jahre erreicht, und am 16. Dezember notierte man noch immer 12,20. Wenn man bedenkt, daß nach 1894 bis 1899 überhaupt kein kein höherer Notopreis als 9 1/2 Centis (zeitweilig im Jahre 1895) eintrat, so ist das für die größte internationale Textilindustrie zweifellos ein empfindlicher Preisrückgang des Rohstoffes. Aber in den wirklich kritischen Jahren 1898 und 1904 finden wir zeitweilig Notierungen von 14,10 und 17,25 Centis, so daß trotz alledem der Druck entliehen nachgelassen hat. Der (europäische) Internationale Baumwollfabrikantenverband hat unterdessen gleichfalls eine Statistik abgefaßt, die beweist, daß die Ueberproduktion des Vorkjahres vorzugsweise zur Verfertigung der 1903/04 Kaput zusammengefaßten Borräte verwendet wurde. Am 31. August (am Saisonende) 1904 hatten die Spinner überall wenig Baumwolle auf Lager; am letzten 31. August dagegen belaufen sich die Totalvorräte Großbritanniens und des europäischen Kontinents auf ungefähr 1,65 Millionen Ballen. Da die Verbrauchsstatistik auch die Totalspinnelzahl und den Baumwollverbrauch der einzelnen Länder genauer als sonst zu beziffern beansprucht, so seien diese Ergebnisse gleichfalls mitgeteilt:

Table with 4 columns: Country, Spinnelzahl, Fäbrils Baumwollverbrauch in Ballen, Am 31. August 1904 Vorrat in Ballen. Rows: England, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Schweiz, Portugal, Belgien, Summe.

Die Zahlen schließen, nach dem Verband, alle Spinneln Großbritanniens und etwa zwei Drittel der Spinneln des europäischen Kontinents ein, wo vor allem von Rußland und Oesterreich keine genaueren Angaben zu erzielen waren. Etwa vier Fünftel des europäischen Rohstoffbedarfes deckt Amerika, erst in weitem Umfange folgt Ostindien, alsdann Neuguinea.

Der Schiffahrtssplitz zwischen Hamburg und Bremen scheint seiner friedlichen Lösung entgegenzugehen. Doch befürchten die Hamburger eine neue Gesellschaftsformierung nach Chile und in der chilenischen Küstenfahrt.

Berlin, 17. Dezember 1905. Max Schippel.

Mauererbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, aber die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Hemdingen), Lauenburg (Sperrn über Basedow, Bauten in Geesthacht-Krummel); Mecklenburg: Solwin (Sperrn über Ferd. Stange); Pommern: Jarmen (gesperrt sind die Unternehmer Heidschmidt und Brandt), Gollnow (Sperrn über Küster), Grimmen (Sperrn über Krakow), Stralsund (die Unternehmer A. Hasselmann und H. Albrecht sind gesperrt), Bausin (Streik der Bauarbeiter); Posen: Wągrowitz (Sperrn über Unternehmer Rudolf Zimmermann); Brandenburg: Strasburg i. d. U.-M. (Sperrn über Döring); Schlesien: Trachenberg (Streik), Ohlau (Sperrn über Nippert); Provinz Sachsen: Halberstadt (Aussperrung der Maurer u. Zimmerer), Bernterode, Unterelsfeld (Sperrn über die Kaliwerke); König. Sachsen: Leipzig (Sperrn über die Bahnhofsbaute des Unternehmers Daniel Marin aus Spillniberg), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung Netzschkau (Sperrn über Unternehmer Dünger); Thüringen: Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperrn über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch); Baden-Pfalz: Mundenheim (Sperrn über die chemische Fabrik); Rheinprovinz und Westfalen: Düsseldorf (Sperrn über Schrader), Bielefeld (Sperrn über Graul), H.-Gladbach (Sperrn über Böngarts); Hannover und Oldenburg: Visselhövede (Sperrn über die Unternehmer Cohrs und Köster), Loxstedt (Sperrn über Bank), Burgdorf (Sperrn über Allording), Delmenhorst (Sperrn über die Wollkammer).



11m 2500 L a 5 A, 400 B a 35. Helgen 1000 B a 40, 50 A a 25. Unna 400 B a 50. Uedermünde 200 B a 35. Meieren 200 B a 50.

Werden 200 B a 45 A, Barel 12 E a 50. Velbert 200 L a 10. Warnemünde 100 B a 45 A. Wilhelmshafen 600 B a 60, 200 A a 25. Weiba 400 B a 30. Wiesbaden 2000 B a 50. Waren 200 L a 10. Wollin i. Pommer 8 E a 50. Wongrowitz 100 B a 35. Wunfen 400 B a 40. Wismar 100 B a 35, 60 A a 25. Wismar 600 B a 45. Waldfisch 200 B a 35. Wülfer 50 B a 35, 2 E a 150. Werber 200 B a 50. Wangerin 5 E a 50. Weisenburg 100 B a 30. Wittenhausen 5 E a 150. Weibitz 300 L a 10. Wolfenbüttel 400 B a 45. Würzburg 300 A a 25, 1000 K a 10, 3000 L a 10. Wolmirfelz 200 B a 30. Wolfenried 500 L a 25.

Zielenzig 400 B a 30 A. Zittau 10 E a 300, 20 E a 150. Zerbst 100 B a 40. Zschin 50 A a 25. Zwickau 600 B a 35. Zschöna 50 B a 30. Zwenkau 100 A a 25.

Dem Verbandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandmitglieder aller Zweigvereine, die bisher Mitteilung gemacht haben.

Mit Verlesen gemeldet wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen Julius Lind (Verbands-Nr. 196 614), Jacob Schwegler-Frankfurt a. M. (20 108), Rudw. Mar-Frankfurt a. M. (805 299), Wihl. Fähr-Frankfurt a. M. (218 436), Joh. Södel-München (268 680), Joh. Kamp-Essen (289 290), Ernst Merlach-Gölnach (291 043), Oswin Schmittler-Berlin (158 254), Joh. Meiner-Bremen (298 080), Ferd. Mielenz-Berlin (279 763), Fritz Winger-Göln (280 960), Herm. Klotz-Greifeld (278 419), Jakob von Hess-Greifeld (284 811), Wihl. Wagner-Mühlroth (282 881), Frdr. Martens (Mitgliedsb. 188 799), Heinrich Karsten-Wilhelmshafen (188 914), Joh. Neugala-Selmsrieden (224 596), Heinz Kröger-Bismarck (22 432), Lorenz Wilmshausen-Burg (160 045), Emil Ditt-Damm (53 975), Joh. Gehlauer (243 027), Karl Schreiber-Senndorf (188 122), Karl Grund-Berlin (53 409), Martin Feder-Frankfurt a. M. (20 178), Eduard Pfanner-Mühlroth (209 411), Otto Schmidt-Berlin (20 994), Georg Klein-Essen (190 827), Franz v. d. Wigglaar-Duisburg (274 601), Adolf Wolff-Mühlroth (105 464), Georg Frickh-Straburg i. E. (175 202), Franz Münch-Dresden (189 542), Wihl. Böcher-Wald (67 141), Karl Schlemmer-Wald (67 142), Anton Klotz-Göln (208 330).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 187b des Statuts vom Zweigverein Wilm: Heinrich Göhn (Verb.-Nr. 87 538); Düsseldorf: Wilhelm Kannecker (309 537); Berlin: Richard Reibel (4672); D a m s t a d t (Gr.-Zimmern): Heinrich Schuler (24 491); S o r f t: Johannes Muz (335 659); W e r n a u: Paul Moos (238 599); M e h r t: Friedrich Reimer (154 148); S a l z b e r g: Wihl. Eichenberg (76 256), Ed. Schöke (76 290), Wihl. Treß (76 223), Adolf Nagel (76 339), Herm. Wollheit (76 375), Max Sammler (76 412), Karl Neumann (76 416), Chr. Köpfig (76 426), Heinz Kelle (76 477), Richard Blume (188 040), Aug. Schöke (228 111), Karl Kranke, Frd. Koch (76 359), Karl Neumann (76 491), Franz Kelle (76 447), F. Elmer (167 591); D e r e n b u r g: Heinrich Ginge (63 665), Heinrich Ginge (63 650), Heinrich Nanne (63 669).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen im Zweigverein Schwenningen nachzukommen, wird der Kollege Robert Walter, geboren am 4. Mai 1873 zu Schwenningen i. Württemberg, Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Kassierer des Zweigvereins Schwenningen, Kollegen S. Fieig, denjenigen Turnerstr. 1252, Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

### Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das dritte Quartal 1905.

**Einnahme in den Zweigvereinen.**

Vom 2. Quartal 1905 am Orte verbliebene Kassengelder ..... M. 4876,27  
 Eintreffende Beiträge ..... 11155,50  
 Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse ..... 912613,65  
 Aufschuß aus der Hauptkasse ..... 457,23

a) Rechtschluß, Gemahrgestellten, Kranken- und Sterbunterstützung ..... 1678,60  
 b) Streiks und Baupfenn ..... 288613,97  
 Summa ..... M. 1219390,29

**Ausgabe in den Zweigvereinen.**

An die Hauptkasse eingandt ..... M. 580801,81  
 Für Streiks und Baupfenn ..... 341144,04  
 Reiseunterstützung im Winter ..... 38,-  
 Reiseunterstützung an Streikende ..... 3956,50  
 Rechtschluß ..... 10907,37  
 Gemahrgestelltenunterstützung usw. .... 2085,94  
 Unterstützung in Krankheitsfällen an Mitglieder ..... 37560,79  
 Unterstützung in Sterbefällen an Mitglieder und deren Frauen ..... 15180,50  
 Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern ..... 223963,53  
 Kassengelder am Orte behalten ..... 3791,49  
 Verluste in den Zweigvereinen ..... 265,25  
 Summa ..... M. 1219390,29

**Einnahme in der Hauptkasse.**

Rassenbestand vom 30. Juni 1905 ..... M. 3584,20  
 Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse ..... 109,12  
 An die Hauptkasse eingandt ..... 580801,81  
 Zinsen ..... 34,-  
 Von dingebandter Streitunterstützung zurückgeandt ..... 2759,84  
 Zurückgezogene Kapitalien ..... 180000,-  
 Summa ..... M. 717088,97

### Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“ ..... M. 45589,80  
 die Zeitung „L'Operario Italiano“ ..... 280,86  
 „Oswata“ ..... 387,60  
 „Stawebnik“ ..... 456,-  
 Agitation: a) an die Gewerkschaften ..... 31000,15  
 b) für sonstige Agitation ..... 2573,41  
 Delegation zu Konferenzen ..... 124,-  
 Aufschuß an Zweigvereine:  
 a) Rechtschluß, Gemahrgestellten, Kranken- und Sterbunterstützung ..... 1678,60  
 b) Streiks und Baupfenn ..... 288613,97  
 verschiedene Reisen zwecks Streikkontrolle ..... 9864,76  
 die freireisende Maurer in Basel (Schweiz) ..... 1600,-  
 Rechtschluß für den Vorstand ..... 36,-  
 Quartalsbeitrag an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands pro 2. Quartal 1905 ..... 7028,92  
 Beitrag an die Bauarbeiter-Kommission ..... 1011,55  
 25 010 Kalender für 1906 (Druck, Einband, Fracht usw.) ..... 10388,10  
 9000 Mitgliedsbücher-Generale ..... 675,-  
 Anleitungen zum Vereins- und Verammlungsrecht ..... 11,-  
 Renovierung des neuen Bureaus ..... 487,64  
 bauliche Veränderungen im neuen Bureau ..... 686,18  
 sachliche Verwaltung:  
 a) 20 000 Mitgliedsbücher ..... 1070,-  
 b) 100 000 Briefe ..... 85,50  
 c) Hülfsmittelführer ..... 62,-  
 d) Streifenblätter und Streikkontrollmeldebücher ..... 121,50  
 e) Streifenmaterial ..... 199,-  
 f) Statistisches Material ..... 250,-  
 g) 40 000 Briefe und Verhängungskarten ..... 160,-  
 h) 50 000 Rufnamensformulare ..... 90,-  
 i) sonstige Druckarbeiten ..... 124,50  
 k) 1 500 000 Duitingsmarken ..... 720,-  
 l) Schreibmaterial ..... 54,30  
 m) Stempel und Zubehör ..... 214,48  
 n) Bureauarbeit, Reinigung und Beleuchtung ..... 405,78  
 o) Zeitungsbörsen und Druckerlohn ..... 17,45  
 p) Porto:  
 402 Pakete ..... M. 201,-  
 4795 Kreuzbandbindungen ..... 833,75  
 Briefporto, Doppelchen und Selbstbindungen ..... 817,16  
 Briefgebühren ..... 131,15  
 Protokollverwendung ..... 57,90  
 Statist. .... 14,-  
 1554,26

persönliche Verwaltung:  
 a) Beamtengehälter ..... 5855,-  
 b) Ausschleiß im Bureau ..... 539,50  
 c) Verpflegung der Vorstande ..... 113,28  
 d) Vorstande außerhalb des Bureaus ..... 13,50  
 e) Revision ..... 53,41  
 Anzugskosten von der Bremerstraße nach dem Besenbinderhof ..... 129,95  
 Per Bank belegt ..... 292293,99  
 Summa ..... M. 708034,19

**Bilanz.**

Einnahme ..... M. 717088,97  
 Ausgabe ..... 706034,19  
 Rassenbestand ..... M. 11054,78

Hamburg, den 24. Dezember 1905.

Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert, mit den Rassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Rassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Wihl. Albrecht, Hamburg.  
 S. Marks, Altona. Wihl. Koch, Hamburg.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

**Gau Dortmund.**

Das Bureau des Gauverbandes befindet sich vom 1. Januar an Leffingstr. 32. Dorthin sind alle Zuschriften zu richten. Die Wohnung des Gaukassierers Fr. Passberg befindet sich jetzt Soltenstr. 14. Der Gauvorstand: S. A. F. Kahl.

**Bericht.**

Berichte über wichtige Verammlungsbeschlüsse und sonstige Voranmlüsse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

**Zur Beachtung!** Soweit mit Inhaltsverzeichnis und Einbanddecken bestellt sind, versenden wir beide gemeinsam. Im übrigen werden die Verzeichnisse mit dieser Nummer versandt. Die Besteller wollen sie sich bei den Kolporteurs abholen. Einbanddecken und komplette Einbände sind noch nicht fertig. Vom 17. Jahrgang (1904) des „Grundstein“ haben wir noch zirka 20 Einbände abzugeben.

**Gau Berlin.** In Mahlsdorf fand Sonntag, den 17. Dezember, eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt, die von der Zehnteile Friedrichsfelde einberufen worden war. Kollege Höns aus Berlin hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Zweck und Ziele der Organisation“. Er betonte im Gegensatz zu den

Kolalisten, daß die Lage der Arbeiter nur durch eine straffe Zentralorganisation am besten gehoben werden könne. In der Diskussion sprachen die Kollegen Gebold und Schöck im Sinne des Referenten. Letzterer fürchte aus, daß man wohl getrennt marschieren, aber nur vereint schlagen könne. Die Diskussion über eine demnächst in Mahlsdorf und Umgegend einzuleitende Lohnbewegung eröffnete Kollege Albert Schmidt aus Mahlsdorf. Er fürchte aus, daß es bedauerlich sei, wenn die Kollegen, die bei Mahlsdorfer Meistern beschäftigt sind, zu niedrigeren Stundenlöhnen arbeiten, als sie in Berlin gezahlt werden. Aber angesichts der teuren Lebensmittelpreise, die zweifellos nach Inkrafttreten des neuen Lohnsatzes noch höher werden, und angesichts dessen, daß Wohngemietete, Lebensunterhalt in Mahlsdorf dieselben seien wie in Berlin, sei es unbedingt notwendig, daß auch die Mahlsdorfer Kollegen endlich den Lohn fordern, den sie schon längst haben müßten. Die Kollegen Schöck, Gebold und Börsen schlossen sich diesen Ausführungen an. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich auch politisch zu organisieren, Mitglieder des Wahlvereins zu werden und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren, schloß der Vorsitzende die Verammlung.

**Erstfeld.** Unser Zweigverein hielt am 10. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die bisherigen Kartellmitglieder wieder gewählt waren, gab Kollege Sternberg einen längeren Bericht über die von der Zentralkommission für Bauarbeiterzuschuß herausgegebene Petition an den Reichstag. Da sich die Sachmacher darauf beriefen, die Agitation für den gesetzlichen Bauarbeiterzuschuß sei nur das Werk einiger Geber, so müßten wir hiergegen durch Namensunterschrift auf der Petition beweisen, daß mit unseren Anträgen nicht länger Schindluder gespielt werden solle. Die Kollegen versprachen, in dem Sinne zu handeln. Jeder, der im Vorberufe tätig sei, solle seine Verpflichtungen wegen Mahlgeld usw. legen und eifrig für den Bauarbeiterzuschuß agitieren. Sodann hielt Kollege Vogt einen Vortrag über das Frohmische Werk: „Arbeit und Kultur“. Die Zweigvereinsleitung hatte sich in der Voraussetzung, daß das gesprochene Wort besser sei, als das geschriebene, dazu entschlossen, um dadurch für das Buch Propaganda zu machen. Auch zählt die Kollalasse 25 - 3 für jedes Exemplar zu. Wir wollen den Vortrag kurz skizzieren. Kollege Vogt erklärte einleitend, daß wir dem Verbandsvorstand dafür zum Danke verpflichtet seien, daß er uns ein derartiges Werk biete. Daß die „Bauarbeiterkassette“ und andere Zentralkassettblätter gegen das Werk geifern, beweise nur, wie sehr die Herausgeber ins „Zentrum“ getroffen hätten. Redner zerlegte den Inhalt des Buches in drei Hauptteile: Die Natur und der Mensch, der Mensch der alten Zeit und seine Stellung zur Natur, und die neue Zeit, d. h. die Emanzipationskämpfe der Arbeiter und ihre Zukunft. Die moderne Wissenschaft, ja selbst alle Forscher, hätten längst erkannt, daß alles, was besteht, einen natürlichen Ursprung habe. Die biblische Erzählung über Welt- und Menschenjüngung hätten Darwin, Daeel und andere verdienstvolle Naturforscher längst als Mythe erkannt. Ja, unser Verband könne ein derartiges Experiment nicht lassen, um so weniger, als es keine Zeugen dieses Vorganges gäbe. Er zu begreifen wolle, daß sich der Mensch von tierischen Wesen zum Menschen entwickelte. Nachdem Redner noch die Kämpfe, die Sklaven, Sörige und andere Unterdrückte gegen ihre Unterdrücker führten, eingehend geschildert hatte, kam er auf die neuere Zeit zu sprechen. Die englischen Arbeiter wären, dank der hervorragten Stellung ihres Staates, die ersten gewesen, die als bewußt und selbständig wirkender Faktor in die Geschichte eintraten. Mutige Kämpfe und Verdienstrungen wären im 17. und 18. Jahrhundert in England häufig gewesen. Viele waren von Arbeitern angezettelt, um da kein Staat und kein Gesetz half, sich selbst zu helfen. Die neuere Zeit sei überhaupt reich an heftigen Kämpfen der „Gleichen“ gegen die „Hutjäger“ gewesen; täglich verschärfen sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Redner erinnerte an das Sozialistengesetz, Nachtarbeitsvorlage, Polltarif und die neueste Leistung des Fürsten Bismarck, der im Reichstage an den „geunden Sinn“ der deutschen Arbeiter appellierte. Kollege Vogt schloß: Unser gesunder Sinn sagt uns, daß wir von der ganzen herrschenden Sippschaft nicht viel zu erwarten haben. Ja, das Gegenteil ist bewiesen. Wir müssen aber unseren Geist stärken, um unsere Feinde zu erkennen, und eine mächtige Hilfe dazu bietet uns „Frohmische Buch Arbeit und Kultur“. Redner betonte, daß die besten Bestellungen machen konnte. Zugerkundet muß werden, daß die Berliner Kollegen gleichfalls 15 Stück bestellten. In Berlin sprach Vogt über dasselbe Thema. Mögen recht viel Zweigvereine dem Beispiel Erstfelds folgen.

**Dortmund.** Sonntag, den 16. Dezember, fand hier eine Zweigvereinskonferenz statt, auf der sämtliche Zehnteile des Zweigvereins vertreten waren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege R. Nicolaus den Vorstandsbericht und sprach über die Agitation im Winter. Wir hätten jetzt durch den Arbeitsvertrag zwei Jahre Frieden und die beste Gelegenheit, die Agitation zu betreiben. Durch den Vertrag hätten die Stundenlöhne eine Aufbesserung von 12 bis 13 % erfahren. Den Kollegen in den Randorten würden viele Hindernisse in den Weg gelegt (z. B. Lokalangel). Redner wies darauf hin, daß den Kollegen die Bibliothek zur Verfügung stände, damit sich die Kollegen durch Lesen von Büchern mehr Bildung und Kenntnisse aneignen könnten. Im Berichte der Zehnteile wurde allgemein über schlechten Besuchsbesuch geplatzt. In der Zehnteile W e r a m a u e r sei es nicht möglich, ein Lokal zu bekommen, damit die Kollegen zusammenkommen können. Auch sei der Bauarbeiterzuschuß sehr mangelhaft. Zum dritten Punkt: „Agitation in den Wintermonaten“, sprach Kollege Passberg. Er fürchte an, daß das Bauarbeitergesetz allenfalls eingeleitet werden müßte. Auch auf den Arbeitsnachweis machte er die Kollegen von der Zehnteile aufmerksam. Der Kollege Nicolaus wies darauf hin, daß viele Maurer in den Bergwerken arbeiten. Es sei an der Zeit, die Zehnteilern zur Organisation heranzuziehen. Ueber den Bauarbeiterzuschuß sprach Kollege Kahl in ausführlicher Weise. In „Ver-



Zufußge erhalten: Sielth 1.000, Friedemann 600, Betschin 850, Böhlich 250, Brellin 200, Feschenbach 200, Wilmersdorf 200, Wünderlin 200, Dortmund 200, Hamburg-Eppendorf 200, Halberstadt 200, Braunsberg 200, Eppelheim 250, Deutsch Billa 150, Raabach 150, Wassenfeld 150, Witten 1.000, B. W. 150, Baldborn 140, Karlsruhe 100, Reichenberg 100, Bremerhaven 100, Gelnau 100, Pöbelich 100, Wittenberg 100, Dierberg 100, Wilmberg 100, Driesen 100, Soden 100, Remberg 80, Silber 80, Langeloh 75, Gelnau 75, Teterow 75, York (Gauß) 60, Niederbreisig 60, Engelnfeld 60, Kirchmöller 60, Gelnau 60, Gelnau 60, Zehla 60, Warthaufen 60, Schinkel 60, Summa 11.630.

Altona, den 30. Dezember 1905.  
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

(Die Preisgerichtsordnungen werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bericht befindlichen Unfälle, mit kurzer Anführung der Beteiligten und mit der überlieferten Folgen, ausgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus letzteren resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzmaßnahmen und über Submissionsergebnisse.)

**Selbstig.** Durch einen bedauerlichen Unfall auf dem Neubau Brodhausstraße 16 rührte der 43 Jahre alte Bauarbeiter Julius Zimmermann sein Leben ein. Ein auf dem Neubau mittelständiger Maurer stieß auf Versehen an einen Ziegelstein an, der dem etwa 10 m tiefer arbeitenden Zimmermann auf den Kopf fiel. Der Ziegelstein hat dadurch einen Schädelbruch erlitten, an dessen Folgen er gestern Abend im Krankenhaus verstorben ist. — In der Gassestraße in Wöden, in der Nähe der Endstation der Großen Leipziger Straßenbahn, ist in vergangener Nacht ein bereits bis zum Dach fertig gebauter Neubau eingestürzt. Zu Schaden gekommen ist niemand. Die Ursache des Einsturzes ist bisher nicht bekannt.

**Maurers Sterben.** Im Dampf bei Freyberg hatte der Kollege Lindert auf der Zuckerrübe zu tun. Am Abend des 12. Dezember, gegen 10 Uhr, führte er in den Raschbühler, in die dreolende Wasse. Da keine Menschenfische in der Nähe war, so hat er so lange darin ausgebracht, bis es ihm gelang, sich selber herauszuheben. Er hatte schreckliche Wunden erlitten. Dann wurde er in ein Krankenhaus geführt; ein Arzt war nicht da, und so mußte der Arme bis Nachmittag 4 Uhr mit seinen Schmerzen daliegen ohne ärztliche Hilfe zu haben. Schließlich fand man dann, daß sein Zustand besondere Behandlung erfordere; nun sollte er nach Dresden in die Magklinik geschafft werden. Das geschah denn nun auch, und trotz seiner schrecklichen Wunden überlebte er ein einziges Mal. Ihn nach der Klinik zu schaffen. Hier ist er nach vier Stunden seinen furchterlichen Qualen erlegen. In der Klinik war sein Krankenzimmer in Lumpen gewickelt wurde der Verletzte transportiert und 18 Stunden ohne ärztliche Hilfe gelassen. So sterben Arbeiter!

**Bauarbeiter und staatliche Bauten.** In Rogalen (Provinz Posen) wird zur Zeit ein Gerichtsgebäude erbaut. Der Bau hat eine Höhe von 16 m und ist von außen gerüstet. In dieser ganzen Höhe befindet sich keine einzige Abdeckung; auch innerhalb sind sämtliche Stangen ohne jede Abdeckung. Als Mitharbeiter werden Schlichter benutzt, und die Mitharbeiter haben das Ansehen von Hopfenstangen. Streichstangen waren nur zwei untereinander festgebunden, wozu die obere auf der unteren abgestützt war. Die Letztgerüste waren außen angebracht und zwar betretbar, das dort, wo eine neue Leiter anfing, Vorstebe ausgebaut waren. Zur Transportierung der Materialien wurden Gefangene verwendet. Die Bauarbeiterhaft, die seit Jahren besteht ist, Schutz für Leben und Gesundheit zu erlangen, muß diese „unsofortable“ Mitharbeiterhaltung als Hohn empfinden, wenn sie in Betracht zieht, daß es sich um einen Bau handelt, von dessen Erbauer sie einen durchgreifenden Arbeiterschutz fordern und erschaffen. Auch für die Unterkunft der Arbeiter ist in „bäuerlicher“ Weise gesorgt worden. Den Arbeiter wird ein Massenquartier in Gestalt eines alten Schuppens zur Verfügung gestellt, als Lager dient abgenutztes Stroh, wie solches arme Leute aus Strohdächern fortschütten. Wie mäßig muß sich da doch ein Sträfling oder Zuchthäusler fühlen gegenüber „freien“ bedürftigen Arbeitern!

**Die königliche Eisenbahndirektion Altona sendet uns** unterm 26. Dezember 1905 folgende Verächtigung: „In Nr. 41 Ihres Blattes wird unter der Ueberschrift: „Vom Bau“ die Mitteilung eines beim Bau des dortigen Centralbahnhofes verletzten Monteurs wiedergegeben, nach welcher er seines Erinnerens innerhalb 14 Wochen der 16 Verunglückte — davon 8 tot, die Mehrzahl der übrigen schwer verletzt“ — gewesen sei. Diese Angabe ist unrichtig. Die Zahl der innerhalb der angegebenen Zeit bei den Montierungsarbeiten des Hauptbahnhofes Verletzten beträgt nicht 16, sondern 3, davon 1 an den Folgen des Unfalls gestorben. Die Gesamtzahl der bei der Montage der Bahnhofshallen seit dem Beginn der Arbeiten (1904) tödlich Verletzten beträgt 3. Bei den übrigen Bauarbeiten des Hauptbahnhofes sind tödliche Verletzungen nicht vorgekommen. Ein Monteur ist bisher überhaupt nicht verletzt worden.“

Zu den weiteren Ausführungen, betreffend die Ungenügsamkeit der Schutzvorrichtungen für die beim Bau der Bahnhofshallen beschäftigten Arbeiter, bemerken wir, daß das Montagegerüst in allen seinen Teilen vollständig abgedeckt ist und den beteiligten Arbeitern vollkommene Sicherheit bietet. Den Leuten, welche an gefährdeten Stellen außerhalb des Gerüsts arbeiten müssen, stehen Sicherheitsgurte in reichlicher Zahl zur Verfügung, jedoch wird seitens der Arbeiter von diesen Sicherheitsvorrichtungen so gut wie kein Gebrauch gemacht. Im übrigen entsprechen die für die Sicherheit der beim Bau des Hauptbahnhofes beschäftigten Handwerker und Arbeiter getroffenen Maßnahmen in vollem Umfange den allgemein seitens der Baupolizei zu stellenden Anforderungen.

Als die durch die Ausführungen in Nr. 41 Ihres Blattes wesentlich mitgetroffene bauliche Verhältnisse ersehen wir auf Grund des § 11 des Preisgesetzes um Bekanntmachung der vorstehenden Verächtigung in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise.“

Diese Verächtigung, die wir auch ohne den Hinweis auf den § 11 des Preisgesetzes zum Ausdruck gebracht hätten, genügt der Eisenbahndirektion aber noch nicht. Sie glaubt, durch Androhung strafrechtlicher Verfolgung und zur Preisgabe unserer Anklagen über das notwendige oder zulässige Maß des Bauarbeiterausmaßes nötigen zu sollen. Der Verächtigung werden nämlich folgende Bemerkungen angehängt:

Wir erkennen nach vorstehendem an, daß die in Verbindung mit der unrichtigen Mitteilung über die Zahl der beim Bau des Hauptbahnhofes vorgekommenen Unfälle in Nr. 41 unseres Blattes gegen den Unternehmer und die Bauleitung sowie gegen die Hamburger Baupolizeibehörde und die Preussische Eisenbahnverwaltung ausgesprochenen Vorwürfe und Verächtigungen mit der vorstehenden Verächtigung ihre Unterlage verloren haben. Wir nehmen deshalb die diesbezüglichen Ausstellungen mit dem Ausdruck unseres Bedauerns über ihre Wiedergabe zurück.

Ein solches Geständnis vermindert wir aber nicht anzuerkennen, selbst die Drohung mit schärfsten Strafen könnte uns einen solchen Widerruf nicht abpressen. Wir selbst haben nicht einmal, sondern wochenlang des öfteren beobachtet, daß im Bau des Hamburger Centralbahnhofes Arbeiter in beträchtlicher Höhe mit schweren Menschenhandlungen bestraft wurden, ohne daß sie einen jeden Verdacht unter den Füßen hatten, ohne daß irgend welche Vorkehrungen gegen den Mißbrauch von Menschen als Konstruktionshilfen und Werkzeug getroffen war. Dasselbe haben wir uns viele andere Leute, die etwas vom Bau kommen, beobachtet. Das Eisenzeug der Setzmaschinen ist in manchen Partien ohne jedes Gerüst aufgestellt worden, und in denselben Werke ist zum Teil an den großen Wagen der Mittelbahn gearbeitet worden. Zugesehen, daß bei solchen Konstruktionshilfen überall direkt Arbeitsergebnisse angebracht werden können, aber Schutzgerüste können in solcher Höhe hergestellt werden, daß schwere Verletzungen infolge Sturzes unmöglich sind. Die Eisenbahndirektion beauftragt sich auf Sicherheitsgurte, die in reichlicher Zahl zur Verfügung stehen. Die Arbeiter machen aber keinen Gebrauch davon, sagt die Direktion hinzu. Diese Nichtgebrauchnahme hätte die Eisenbahndirektion auf den Gedanken bringen können, daß die Sicherheitsgurte bei den freigelegten Arbeiten so gut wie gar keinen Zweck haben, oder nur den nichtgewollten, die Arbeiter in der Betätigung ihrer Glieder zu hindern und die Unfallgefahr zu erhöhen. Weils also der Schutz gleich Null ist, so den vorhandenen Gefahren noch neue hinzuverschreiben werden, und weil die Arbeiter das wissen, deshalb verzichten sie auf die Benutzung solcher Sicherheitsvorrichtungen.

Die Eisenbahndirektion sagt in der Verächtigung, „daß das Montagegerüst in allen seinen Teilen vollständig abgedeckt ist und den beteiligten Arbeitern vollkommene Sicherheit bietet“. Ohne Zweifel meint die Direktion mit dem Montagegerüst das obere Gerüst, von dem der Arbeiter bedient wird. Das ist allerdings, soweit wir es von unten beurteilen können, gut abgedeckt, und wir wollen gerne annehmen, daß es auch mit einer sicheren Brüstung eingestrichelt ist. Dies scheint aber nicht immer so gewesen zu sein. Unser Gewissenszorn sagt,

daß er am 4. Oktober gemeinsam mit drei Kollegen auf folgende Weise verunglückt sei. Ein Mann war ganz oben zu Fall gekommen und abgestürzt, hatte nicht weit unten einen zweiten mitgenommen und beide trafen auf dem oberen Durchgangsgestell auf zwei andere Arbeiter, die gleichfalls in die Tiefe gestürzt wurden. Einer der Verunglückten war sofort tot, ein anderer ist bald seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen, der dritte liegt schwer verletzt darnieder, und unser Erzähler, der auch schwere Beschädigungen am Kopf und Körper davongetragen hatte, ist noch am Leben vergeblich.

Diese Darstellung wird durch die Verächtigung der Eisenbahndirektion nicht angegriffen. Sie ist also richtig. Ist also der eine Arbeiter ganz oben zu Fall gekommen, so kann dies nur auf dem von der Direktion gemeinten Montagegerüst gewesen sein, denn das ist das höchste. Dann war es aber nicht sicher, denn sonst hätte der Mann nicht abgestürzt können. Wenn es hoch bester ist, so wollen wir uns dessen freuen, das kann aber kein Grund für uns sein, unsere damaligen Mitteilungen zu verweigern. Wir können in diesem Punkte nichts zurücknehmen, im Gegenteil: wir müssen neue „Vorwürfe“ erheben. Denn auch nach Ausfertigung der Verächtigung der Eisenbahndirektion haben wir noch traurige Mißstände am Bau des Hauptbahnhofes beobachtet. Am 29. Dezember arbeiteten Nietler hoch oben in schwindelnder Höhe auf einem Gerüst, das nur aus zwei nicht allzu breiten Brettern bestand. Keine Brüstung oder Mitlehne war vorhanden. Am 29. Dezember herrschte zeitweilig heftiges Schneegestöber — ein Fehltritt, und die Nietler lagen zerstückelt am Boden. Auch am 29. Dezember liefen in luftiger Höhe noch Leute auf den Eisenbleiten umher und gingen ihrer Handierung nach, ohne durch Schutz- oder Fanggerüst gegen Abwurf gesichert zu sein. Und so war es nicht nur am 29. Dezember, sondern noch- und monatlang. Ein anderer Mißstand ist, daß in den Höhen des Eisengerüsts bis „in die finstere Nacht hinein“ ohne genügende Beleuchtung gearbeitet wird. Nur die Feuer der Feldschmieden sieht man dann und wann aufflammern. — Noch vieles könnten wir mit Zug und Recht kritisieren, für heute aber mag es genug sein.

Von der Verächtigung der Eisenbahndirektion bleibt somit nur übrig, daß wir in bezug auf die Zahl der Todesfälle und Unfälle mißtrauisch worden sind. Darüber sprechen wir unerbittlich unsere Freunde aus, daß die Zahl der Verletzten und Getöteten wesentlich niedriger ist, als sie nach Meinung des verunglückten Monteurs oder Arbeiters sein sollte. Wir konnten aber unmöglich annehmen, daß uns der Mann belügen oder in den blauen Dunst hinein reden würde; um so weniger, da wir ihm gar keinen Anlaß dazu gegeben haben.

Worin nun schließlich die Verächtigung der Eisenbahndirektion bestehen soll, ist uns ganz unerfindlich. Die Direktion ist der Meinung, daß sie sowohl die Baupolizei und Bauleitung alles getan haben, was zum Schutze der Arbeiter erforderlich ist. Wir sind ganz entgegengelegter Meinung, und mit uns die große Masse der baugewerblichen Arbeiter, die unter den ganz unzulänglichen Einrichtungen hier wie dort zu leiden haben. Das sind Anklagen, die uns durch Erfahrungen und Tatsachen begründet, die nicht durch Verächtigungen aus der Welt geschafft werden können.

**Was und was gebaut wird.** Die Stadt Berlin plant folgende größere Bauten: ein Gymnasium in der Hochuferstraße in Moabit, verbunden mit einer Gemeindeparkschule (M. 1.620.000), eine Gemeindeparkschule in der Driesenerstraße (M. 824.000), eine Gemeindeparkschule in der Schiffsbrückerstraße (M. 788.000), eine Gemeindeparkschule in der Bismarckstraße, verbunden mit einer Stützpunktwerkstätte (M. 841.000), eine Gemeindeparkschule in der Grottkowstraße, verbunden mit einem Brauereianbau (M. 781.000), eine Gemeindeparkschule in der Frankfurter Allee (M. 728.000), eine Gemeindeparkschule in der Hiltnerstraße (M. 745.000), eine Gemeindeparkschule in der Senefelderstraße (M. 788.000), eine Gemeindeparkschule in der Sonnenburgerstraße, verbunden mit einer Kasse (M. 788.000), eine Gemeindeparkschule in der Grottkowstraße (M. 788.000), eine neue Feuerwache in der Ankerstraße (M. 891.500). Der Magistrat genehmigte die Entwürfe laut dem Kostenanschlag in Höhe von rund 4.928.100. Definitiv beschlossen wurde der Bau einer Gemeindeparkschule und einer Kasse nahe der Hiltnerstraße im Verträge von zusammen 2.668.000. — In Parko m soll ein neues Krankenhaus errichtet werden (M. 600.000). — In Bonn wird im nächsten Frühjahr das Hauptpostamt erweitert (M. 820.000). — In Gillingen hat der Kreisrat die Erbauung eines neuen Kreisbahnhofs beschlossen. — Die Stadt Bonn e-burg wird demnächst mit dem Neubau eines Krankenhauses beginnen lassen (M. 90.000). — In Pflaß bei Stuttgart läßt ein privater Verein eine Frauenbergschule errichten (M. 178.000). — Weydingen (Hild.) erhält eine Badeanstalt (M. 150.000). — Wremen. Der Neubau des Technikums ist gesichert. — Die Gemeindeparkschule in Kpenid läßt eine Kasse mit Turnhalle errichten (M. 400.000). — Wetzlar a. Rh. Der Verein „Volkswohl“ läßt im Frühjahr mit der Erbauung eines Saales und eines Badehauses beginnen (M. 200.000). — In Wöden wird ein Kreisbau errichtet werden. — In Leipzig (Provinz Brandenburg) soll eine Provinzialstrahlenanstalt mit Raum für 1200 Kranke erbaut werden (M. 1.000.000). — In Eilen wird ein Justizgebäude und ein Gefängnis gebaut werden. Die holländische Kirchengemeinde in Eilen-Weg läßt im März mit dem Bau einer Kirche beginnen. — Die Stadt Wöden a. Rh. läßt demnächst mit dem Bau einer evangelischen Volksschule, womit zugleich ein Verkaufsraum verbunden werden soll, beginnen. — In Wöden a. Rh. wird die Volkswirtschaftslehre umgebaut und erweitert werden (M. 180.000).

#### Noch einmal „Nordöstlicher Hundst“.

Von befreundeter Seite wird uns geschrieben: In Nr. 33 des „Grundstein“ wurde einiges über den bezüglichen Stand des Bauarbeiterausmaßes mitgeteilt und darauf hingewiesen, daß am 12. Februar 1904, nachdem die Genossen Wödenburg und Seale im Reichstags wichtige Anträge gestellt hatten, der Reichstags-Vorstand zugestimmt hatte, daß von den Baugewerks-Vereinigungen der Reichstags-Untersuchungsausschuss beauftragt werden. Im Jahresbericht der preussischen Regierung und Gewerbetriebe und Vergebühren für 1904 befindet sich auf Blatt 78 (Landespolizeibezirk Berlin) unter Abschnitt III folgender Passus: „Die Gesamtzahl der Unfälle beträgt 23.409, sie hat sich aus den früher dargelegten Ursachen auch im Verletzten um 2863 vermehrt. Die Verletzung betrifft vorwiegend die letzteren Unfälle, aber auch die Zahl der tödlichen Verletzungen (77) ist um 15, und die der schweren (410) um 50 höher. Dieses ungünstige Verhältnis wird wieder namentlich durch die Verleite der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen verursacht veranlaßt, aus denen 38 tödliche und 102 schwere Verletzungen oder 16 tödliche und 25 schwere mehr als im Vorjahre gemeldet worden sind.“

Diese beiden Tatsachen haben in den Kreisen der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen, und insbesondere beim Vorstand der Sektion I, arge Befremdung hervorgerufen. Das „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“ hatte bereits in seiner Nr. 28 seinen bedrückten Lesern Lust gemacht. Den Lesern des „Grundstein“ ist dieser Erguß seinerzeit mitgeteilt worden. Der Vorstand der Sektion I sah sich aber veranlaßt, noch ein übriges zu tun. In einem Bericht an das Reichsversicherungsamt unter dem Titel und nachzuweisen, daß „er für die Unfallversicherung im Bereiche seines Wirkungsbereiches außerordentlich getan habe und daß der Verfasser des amtlichen Berichtes, indem er das Steigen der Unfallzahlen im Bereiche der Nordöstlichen vormerkvoll hervorhebt, ohne die Gründe dafür anzugeben, die ihm unzugänglich bekannt waren, damit Del ins Feuer gegeben habe. Besonders für die, die unangenehm nach Material suchen, um die Untauglichkeit unserer Tätigkeit zu beweisen. Der „Grundstein“ Nr. 33, 1905, bemängelt unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Unfallversicherung und Bauenüberwachung unter der Ueberschrift: „Nordöstlicher Hundst“.

Dem Verfasser des Berichtes wird hier offen gesagt, daß er diesen Vorwurf gegen besseres Wissen erhebt, indem er es unterlassen haben, die ihm bekannten Gründe für das Steigen der Unfallzahlen anzugeben, die nach Meinung des Vorstandes nicht durch Unterlassungen der Arbeitgeber hervorgerufen seien, sondern durch die „erhebliche Steigerung der Zahl der Verletzten und durch die größere Betriebsgröße im Baugewerbe“ bedingt würden. In gar nicht unabweisbarer Weise wird dann der Wink nach oben gegeben, daß mit solchen Berufsaussagen nur den ewig unzufriedenen Märgeln Material gegen die haaterehaltenden Elemente geliefert werde, und als corpus delicti der Kritik des „Grundstein“ angeführt. Dieser ist nach Meinung des Sektionsvorstandes natürlich nicht geschehen, um die immer größer werdenden Gefahren der Bauarbeiter zu stillern und für einen besseren Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter zu wirken — nein — nur um den unschuldigen Herren Baugewaltigen eins auszuwickeln.





zu überlegen, diese ihn wahrlich zu viel Ehre antun. Und doch, wie faul bis ins innerste Mark muß die Sache der Unternehmern sein, wenn sie zu solchen verwerflichen Argumenten greifen müssen! Und nun der alte Vorwurf. In der Regelung der Arbeitsleistung trieben wir eine Co-dann-Vollst. Dieser Vorwurf bedeutet, die Gewerkschaften hätten systematisch die Freiheit der Arbeiter. Zur Ehre der Unternehmer wollen wir annehmen, sie glauben in diesem Falle einmal selber, was sie sagen. Dann ist aber nur bewiesen, daß sich die Unternehmer die Ausbeutung noch krasser wünschen, als sie heute schon ist. Das heißt bombastisch: eine solche Wühler, wie heute in unserer Gewerbe besteht, hätte man vor nur 40 Jahren für einfach unmöglich gehalten. Die Arbeitsleistung des einzelnen Maurers hat gerade an den größeren Plätzen eine solche Steigerung erfahren, daß sie gar nicht weiter bestehen kann, ohne schwere Schäden an der Volksgesundheit zu zeitigen. Und angesichts dieser unlegbaren Lasten schreien die Unternehmer über Faulheit der Arbeiter! Da müssen wir dann doch fragen: wie weit soll denn diese Steigerung der Arbeitsleistung noch gehen, hat man das Durchschnittsalter der Maurer, das heute auf 41 Jahre berechnet wird, noch nicht weit genug heruntergedrückt? Eigentlich kann man den Unternehmer nur dankbar sein, daß sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, daß sie aus neuen den Nachweis dafür liefern, daß das kapitalistische System zu immer ärgerer Ausbeutung der Arbeiter treibt. Der ganze Aufschrei schließt dann mit folgendem Sammelruf, den unsere Kollegen auch auf sich beziehen wollen:

„Darum ergehe von neuem der alte Ruf zum Sammeln durch das ganze Reich: Kollegen Deutschlands, auf zur Machtvoll und einheitlichen Vertretung eurer stark gefährdeten Interessen!“

**Aus anderen Berufen.**

\* **Die Lohnbewegung in den Vieleselber Wäschefabriken** ist zu Gunsten der Arbeiterinnen beendet. Die Arbeit wurde Mittwoch wieder aufgenommen und die Löhne werden je nach Position um 6 bis 12 Pz. erhöht. Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt. Die Löhne der Heimarbeiterinnen, die vielfach niedriger sind als die der Fabrikarbeiterinnen, sollen demnächst reguliert bzw. aufgehoben werden.

\* **Der deutsche Holzarbeiterverband** hat seine Mitgliederzahl im dritten Quartal um 9754 vermehrt, das ist die größte Zunahme, die er bisher in einem Vierteljahr erzielt hat. Insgesamt zählte der Verband am 1. Oktober 125 795 Mitglieder. In diese Zahl sind 1282 weibliche Mitglieder einbezogen. Am 1. Juli hatte der Holzarbeiterverband nur 810 weibliche Mitglieder, diese Zahl hat sich demnach innerhalb eines Vierteljahres um mehr als um die Hälfte erhöht. — Der Holzarbeiterverband hat im Laufe des Jahres eine Reihe größerer, meist erfolgreicher Kämpfe geführt; seine Erfolge werden künftig noch größer sein, wenn ihm die noch fernstehenden Berufsgenossen auch weiter in Massen zustimmen.

\* **Der Bildhauerverband** feierte im dritten Quartal seine Mitgliederzahl von 4846 auf 4947, also um 101 Mitglieder.

\* **Der Lagerhalterverband** feierte seine Mitgliederzahl in den ersten dreiviertel Jahren um 140 auf 1486 Mitglieder.

\* **Der Sattlerverband** zählte am Schluß des dritten Quartals 1905 6838 Mitglieder, 1182 mehr als am Jahreschluß 1904. Der Vermögensstand betrug M. 66 214,06.

\* **Der Schuhmacherverband** feierte seine Mitgliederzahl von 23 655 am Schluß des Jahres 1904 auf 26 815 am Schluß des dritten Quartals 1905, was also einer Steigerung um 3260 in dreiviertel Jahren gleichkommt.

\* **Der Tapeziererverband** feierte seine Mitgliederzahl in den ersten dreiviertel Jahren 1905 um 1119 auf 6789. Das Verbandsvermögen betrug zu gleicher Zeit M. 67 660,14.

\* **Eine interessante Statistik.** Die im Zentralverband der Schuhmacher vorgenommene Feststellung der Dauer der Mitgliedschaft der einzelnen Mitglieder hat ein sehr interessantes Resultat ergeben. Aus 250 von 269 Fällen sind die diesbezüglichen Fragebogen ausgefüllt eingeleitet worden. Die Zahl der betroffenen Mitglieder beträgt 25 256. Davon wiesen nicht weniger als 7741 eine Dauer der Mitgliedschaft von bis zu einem Jahre auf, so daß also etwa 30 pZt. der Mitglieder die in den Verbänden übliche Karenzzeit für den Bezug der Unterfertigungen noch nicht zurückgelegt hatten. Eine Mitgliedsdauer von einem bis einschließlic drei Jahren wiesen 9931 Mitglieder auf, von über drei bis einschließlic zehn Jahren 6510 und von über zehn Jahren 1074 Mitglieder. Die überwiegende Zahl hatte also eine Dauer der Mitgliedschaft von bis zu drei Jahren aufzuweisen. Die Statistik hat indessen bewiesen, daß in fast allen Zahlstellen ein kleiner Stamm vorhanden ist, der in allen Stürmen der Organisation treu blieb.

Eine ähnliche Umfrage veranstaltete unser Verband im Jahre 1902, als es sich darum handelte, Unterlagen zur Einführung der Krankenversicherung zu gewinnen. Von 80 376 Mitgliedern, die der Verband damals zählte, waren

1933 Mitglied seit 1891	8310 Mitglied seit 1897
812	8743
182	1893
675	9911
1079	9808
2242	12990
6618	17526
	1898

Geht würde das Ergebnis, wennlich anders aussehen.

\* **Die älteste deutsche Gewerkschaft, der Tabakarbeiterverband** konnte am 25. Dezember auf ein vierzigjähriges Dasein zurückblicken. In der Geschichte dieses Verbandes spiegelt sich ein gutes Stück der modernen deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Die Zeiten des Widerwärtigen, die Vera Teufendor, die Zeit des Ausnahmegerichtes, die alle hat der Verband durchgemacht. Und gerade das Jahr seines vierzigjährigen Bestehens fällt ihm wieder in exponierter Stellung: in der Abwehr der geplanten Tabaksteuer. Aber die letzten Jahre jähret der Tabakarbeiter:

Seit dem Ende eines Jahrzehnts befindet sich nun unser Verband in einer ununterbrochenen Reorganisation, die nur schrittweise vorgenommen werden konnte wegen der traurigen Lage der Tabakarbeiter, die aber durchgeführt werden muß, soll der Verband nicht hinter den modernsten Gewerkschaften weit

zurückbleiben. Und füglich werden zeitlichprechende Einrichtungen im Verband auch leichter neue Mitglieder, denn sie erweisen mehr Vertrauen.

\* **Ein allgemeiner Schuttag** für alle in der Schiffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter findet vom 19. bis 20. März 1906 in Berlin statt. Die provisorische Tagesordnung dieses Kongresses weist unter anderem folgende Punkte auf: 1. Die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter unter dem Stande der heutigen Gesetzgebung; 2. Die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Fischer, Flugmaschinen und Seizer; 3. Die Unfall- und Erkränkungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung; 4. Weiter soll über die Errichtung eines ständigen Schuttkomitees für die in der Schiffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter verhandelt werden.

\* **Deutschnational.** Unsere „nationalen Gewerkschaften“ machen zwar stark in Yubendage, sie verschmähren aber auch nicht, in geschäftlicher Beziehung von den Juden zu lernen. Das hat jetzt der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wieder bestätigt.

Im April dieses Jahres veranstaltete der Vorstand eine „Hausbau-Vorlesung“, um die beim Bau seines Hausbaurer Verbandshauses entstandenen Schulden zu tilgen. Da die Lage nur an Mitglieder betrieben werden sollten, war eine beschuldliche Genehmigung nicht erforderlich. Am 4. Dezember sollte nun die Sitzung sein. Aber die ist nicht gewesen! Denn ein U. Berger aus Leipzig hatte die „Hausbau-Vorlesung“ bei der Behörde denunziert, da er als Nichtmitglied ein Kos erlangen hatte. Die Behörde forderte aber eine Kottenschein von den bestaunten Joden eine Summe, die angeblich 20 000 betragen soll. Der Vorstand wollte sich indessen zu helfen, indem er beschloß, die Sitzung nicht stattfinden zu lassen, sondern das Geld so in seine Hausbaukasse zu tun. Selbstverständlich erklärt er sich galant genug, den für das Kos gefälligen Betrag zurückzugeben, falls es verlangt wird, aber er ist „dabei überzeugt“, daß die Kostärer auf die Aussicht eines Gewinnes ganz verzichten, wenn nur das Geld dem bestaunlichen Zwecke dien. Offenlich zeigt sich der Vorstand dem angeführten Denunzianten erkenntlich.

\* **Deflorierte „Schiffen“.** Dem „Grifflich“ organisierten Dachdecker Heinrich Kahlisch in Berlin ist, wie die „Baugewerkschaft“ triumphierend mitteilt, großes Glück widerfahren. Bei der feierlichen Uebergabe des neuen Parvianites ist ihm vom Kaiser wegen guter Ausführung der Dacharbeiten das allgemeine Ehrenkreuz verliehen worden. Er wurde daraufhin von seiner Zuhilfenahme zum Ehrenpreises ernannt.

\* **Der belgische Gewerkschaftskongress.** Während der zwei Wochentage versammelte sich zu Brüssel im Volksbau der 7. jährliche Gewerkschaftskongress. 178 Gewerkschaften waren durch 177 Delegationen vertreten. Die meisten der sozialdemokratischen Kammermitglieder wohnten den Verhandlungen als Gäste bei. Die erste Sonntagsitzung behandelte hauptsächlich die Redaktion und Verbreitung des monatlich erscheinenden Korrespondenzblattes „Le Journal des Correspondents“. Alle Delegierten bewahrten die Mängel des Blattes und betonten, daß eine bessere Redaktion notwendig sei, um diese Mängel zu beheben. Der größte Fehler sei jedoch die fehlende materielle und moralische Unterstützung durch die Organisationen. Verschiedene Redner schlugen das obligatorische Lesen des Korrespondenzblattes vor; vorläufig stimmte man nach dieser Art der Verbreitung nur für die Kommissionsmitglieder der Gewerkschaften zu. Die Nachmittagsitzung nahm Stellung zu einer Resolution für die Ausbreitung der gewerblichen Schiedsgerichte für alle Lohnarbeiter (Geschäftes- und Handelsangelegenheiten einbezogen). Sodann besprach die Versammlung die Revision des Artikels 310 des Strafgesetzbuches. Die heutige Gesetzgebung ist die zahlreichsten Urteile des Kassengerichtes beweisen, es) eine der stärksten Waffen des Unternehmertums gegen die Arbeiterchaft. Seit langer Zeit haben die Arbeitervertreter die Abschaffung dieses Artikels verlangt. Die Vordrucker aus Brüssel schlagen vor, die nächste Wahltagung zu benutzen zur Bekämpfung des Artikels 310. Alle Kandidaten der verschiedenen Parteien sollen über ihre Stellungnahme zu diesem Artikel schriftlich oder mündlich in den Wahlversammlungen befragt werden. Alle diejenigen, die sich zu Gunsten der heute bestehenden Gesetzgebung äußern sollten, werden der Arbeiterchaft als Feinde der Gewerkschaftsbewegung charakterisiert. Merkwürdig ist es, daß diese Resolution auch die Zustimmung der „neutralen“ Vereine bekam.

In der Montagsitzung befaßte sich der Kongress mit der Bekämpfung der Arbeitsdauer. Einige Delegierte mochten der Kammerfraktion den Vorwurf, daß sie sich zu viel an politischen Debatten beteiligte; dies sei zum Schaden der ökonomischen Forderungen des Proletariats. Wanderverbe beantwortete diesen Vorwurf mit der Bemerkung, daß schon 1896 die sozialdemokratische Fraktion einen Vorschlag zur Einführung des Neunstundentages vorgelegt hat. Außerdem dürften die Arbeiter sich nicht allein auf ihre politische Vertretung verlassen, sondern müßten auch auf die Kraft ihrer Organisationen rechnen. Die Abgeordneten aus Flandern erklärten, daß die Arbeitszeitverlängerungsfrage eng verbunden ist mit der des Schulzwanges. Der Kongress beschloß, am Ende des Jahres 1906 große Streikdemonstrationen in Brüssel zu veranstalten und bei diesen den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Was die obligatorische Schulpflicht betrifft, so forderte man: a) Schulpflicht für alle Kinder von 6 bis 14 Jahren; b) obligatorische technische Abendkurse für die jungen Leute von 13 bis 16 Jahren; c) von 12 bis 14 Jahren Verteilung der Unterrichtszeit zwischen pädagogischem Unterricht und Handarbeit; d) freie Nahrung und Kleidung für die Schüler; e) Revision des Gesetzes vom 13. Dezember 1889, betreffend die Kinderarbeit. Der Kongress stimmte auch — mindestens prinzipiell — der Begründung eines Zentralbureaus der belgischen Gewerkschaften zu. Am zweiten Feiertage wurde der Kongress unter Abführung der Internationalen geschlossen.

Dieser Bericht bietet für uns wenig Angenehmes. Wenn in dem Bericht auch keine Zahlen über die Stärke der belgischen Gewerkschaften enthalten sind, so wissen wir doch aus früheren Veröffentlichungen, daß die Grundwurzel aller vorgebrachten Beschwerden in der Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation zu suchen ist. Nur festgesetzte Organisationen vermögen die Schwierigkeiten zu überwinden. Die geplante Demonstration für den Neunstundenstag ist eine nutzlose Spielerei, weil kein aktionsfähige Macht dahintersteht. Wenn mehr unsere Kraji

vorhanden wäre, so wäre das entschieden mehr wert, als dieser Theaterdramen.

\* **Die englischen Gewerkschafter** scheinen bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen zum Parlament eine andere Wahltaktik einschlagen zu wollen. Das parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses hat ein Wahlprogramm für die Gewerkschaften in folgenden Punkten festgelegt:

1. Die Grundzüge, die in der Trades-Disputes-Bill (Gewerkschaftsvorlage) niedergelegt sind; 2. Die Verbesserung des Unfallgesetzes; 3. Verbesserung des Erbschaftgesetzes, so daß Arbeitstage, die bei Postkassarbeiten beschäftigt werden, Gemeinheitsfälle erhalten; 4. Die Abschaffung der hindischen Arbeitskontrakte in Madras; 5. Die Gewährung von Alterspensionen an Arbeiter im Alter von 60 Jahren; 6. Die Erweiterung des Beschäftigungsgesetzes; 7. Übernahme der Wahlen durch den Staat; 8. Allgemeines Wahlrecht (Frauen eingeschlossen); 9. Die Einführung des Abstammungsgesetzes.

Nur für die Kandidaten, die sich zu diesem Programm bekennen, sollen die Mitglieder der Trades-Unions stimmen. In allen Wahlkreisen aber, wo ein Arbeiterkandidat aufgestellt ist, sollen die Gewerkschafter geschlossen für diesen eintreten, einzeln, je nach politischen Richtung er angehört. Dies das Manifest der gewerkschaftlichen Zentralverwaltung. Das Programm des Labour Representative Committee, der politischen Fühler, ist noch nicht veröffentlicht.

Wenn damit auch noch nicht gesagt ist, daß sich die englischen Gewerkschaften, nun wirklich von den ungenutzlichen Liberalen trennen, so ist es doch ein Zeichen, daß die Notwendigkeit einer selbstständigen Arbeiterpolitik auch in den Kreisen der härtesten Anhänger der Ausgewerkschaften — immer mehr erkannt wird.

Ein englischer Gewerkschaftsführer, der Metallarbeiter John Burns, ist in das neue liberale Kabinett eingetreten. Sein Name wurde zum ersten Male der größeren Öffentlichkeit bekannt durch den Streit der Londoner Postarbeiter im Jahre 1889, bei dem er die Führung hatte. Sein Nestort ist das Armen-, Wohnungs- und Sanitätswesen. Die für England dreifach vorhandene Arbeitslosenfrage dürfte also bald seine Fähigkeit auf eine hohe Probe stellen. Burns ist der erste Arbeiterminister in England.

**Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.**

\* **Unternehmer** dürfen die Arbeiter belästigen, ohne für den dadurch entstehenden Schaden ersatzpflichtig zu sein; Streikbruch verstößt nicht gegen die guten Sitten. So hat das Gewerbegericht zu Mannheim in einer Klage des Arbeiters R. entschieden.

Der Kläger wurde von der beklagten Firma beurlaubt, bei ihr in Arbeit zu treten. Sie hatte ihm aber beurlaubt, daß bei ihr getreitet wurde. Der Kläger trat darum, nachdem er von dem Streit erfahren hatte, wieder aus, um nicht Streikbrecher zu werden. Da er dadurch stellungslos geworden war, so beanpruchte er von der Firma Schadenersatz in der Höhe von M. 36 (gleich Lohn für zwölf Arbeitstage). Dieser Klagenanspruch wurde abgewiesen.

Das Gericht rechtfertigt diese Entscheidung mit folgenden Ausführungen:

1. Kräftig die klägerische Darstellung des Sachverhalts in allen Punkten zu, so ist der kündigungsfreie Austritt des Klägers bei der Beurlaubung zwar aus § 123 B. G. B. (wegen der arbeitslosen Zeit, die in der Beurlaubung des kündigungsfreien — nicht aus § 124 B. G. B., wie Kläger meint, — gerechtfertigt, damit aber noch nicht der Anspruch auf Schadenersatz begründet. Denn § 123 B. G. B. (den das Gericht im Gegensatz zu anderen Gewerbeurteilen ebenfalls, wie den § 119 B. G. B. neben den §§ 123 und 124 B. G. B. anwendbar erachtet) gibt keine Schadenersatzvorschrift zu Gunsten des Beurlaubten gegenüber dem Unternehmer, es regelt sich die Schadenersatzpflicht des letzteren vielmehr nach den sonstigen Bestimmungen des B. G. B. Von solchen können aber nur in Betracht kommen: die §§ 628 Abs. 1 und 626. Beide treffen auf den vorliegenden Fall nicht zu; § 628 Abs. 2 nicht, weil der Beurlaubte nicht etwa dem K. gegenüber vertragsmäßig gehandelt hat, was er es doch gerade, der den abgeheftigten Dienstvertrag erfüllen wollte, während K. die Erfüllung verweigerte, und § 626 nicht, weil weder von einem Verstoß der Beurlaubten gegen die guten Sitten gesprochen werden kann (daß die Tätigkeit des „Streikbrechers“ gegen die guten Sitten verstöße, wird zwar seitens der Arbeiter bezw. ihrer Verbände häufig behauptet, ist aber nicht einmal von allen Arbeitern, gleichgültig denn allgemein anerkannt), noch die Unfähigkeit des Beurlaubten, sein „Vorlab“, darauf gerichtet war, den K. arbeitslos zu machen, sondern im Gegenteil darauf, ihm, in Erfüllung des abgeheftigten Dienstvertrages, Beschäftigung zu geben.“

\* **Die freien Hilfskassen** berufen am 16. Januar einen allgemeinen Hilfskassenkongress nach Berlin ein. Er soll Stellung zu der vom Reichstage zugewandenen Regierungsvorlage nehmen, nach der das Gesetz über die eingetragenen Hilfskassen aufgehoben und diese Kassen dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen unterstellt werden sollen. Unter dem Vorwand, das Publikum vor dem Schwindrisiko zu schützen, soll das Kind mit dem Bube ausgeschüttet und sollen die Hilfskassen aus dem Regen unter die Traufe gestülpt werden, unter der ihnen vorausschicklich gar kein Luft ausgehen würde. Was es für die Hilfskassen bedeutet, dem Privatversicherungsrecht unterstellt zu werden, davon geben die Schwindkassen einen kleinen Vorgeschmack, die bereits diesem Gesetz unterstellt wurden. Laufende und Ueberlaufende von Markt mühten diese Kassen alle für „versicherungsmäßig“ zu erklären; was oft diese Kassen erneut beigetragen werden müssen, das mögen die Götter und das Reichsaufsichtamt wissen; außerdem aber haben die sämtlichen Kassen jährlich eine Beizuer zur Erhaltung dieses Aufsichtsamtes zu leisten. Das ist aber noch das wenigste. Die bekannten versicherungsmathematischen Anforderungen, welche das kaiserliche Aufsichtamt auf Grund der „versicherungsmäßig“

technischen" Gutachten in Bezug auf den Arbeiterfonds an die Klassen gestellt hat, sind ja enorm, daß die Hilfsklassen...

Wichtigste sämtlicher freien Hilfsklassen ist, diese neueste Verordnung nicht Mißbilligend sich auszusprechen zu lassen...

Polizei und Gerichte.

Nachrichten von der Lohnbewegung in Königs- hütte. Die Maurer Wiegorel und Vannowk waren von den § 153 der Gewerbeordnung und Körperverletzung verurteilt worden...

Nachträge von der Remscheid'scher Streikbewegung. Nach den Urteilen des Remscheid'scher Schöffengerichts, scheint es, als wären die Führer des Streiks Mäurer und Mörder...

subtilisiert. Nach diesen Urteilen muß man sich doch unwillkürlich fragen: was haben die Angeklagten denn verbrochen, daß solche Strafen gegen sie verhängt werden?

Ein Gewerkschafter vor dem Kriegsgericht. In Breslau hat sich der Grenadier Stante wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes vor dem Kriegsgericht zu verantworten.

§ 153 und die Presse. Ein für die gesamte Arbeiterbewegung wichtiger Kampf hat in Breslau stattgefunden. Vor dem Schöffengericht hatte sich Genosse Müllers als verantwortlicher Redakteur der "Vollmacht" wegen Vergehens wider § 153 der Gewerbeordnung und groben Unfugs zu verantworten.

Sowohl die Auffassung des Staatsanwalts, wie die des Gerichts widerspricht offensichtlich dem Willen des Gesetzgebers, der Auffassung der hervorragenden Kommentatoren unseres Strafrechts und vor allen Dingen dem gebundenen Rechtsempfinden des Volkes.

Verchiedenes.

Was auf den deutschen Flüssen schwimmt. Der Band 168 der Statistik des Deutschen Reiches enthält die Statistik der Binnen-Schiffahrt im Jahre 1904. Dieses Jahr 1904 war für die Binnen-Schiffahrt sehr ungünstig.

Ankunft zu Berg 8 858 000 t (1903: 4 251 000 t), während zu Tal nur 685 000 t (1903: 709 000 t) abgegangen sind.

Die Kohlenförderung betrug in den fünf wichtigsten Erzeugungsländern in den Jahren 1902, 1903 und 1904:

Table with 4 columns: Country, 1902, 1903, 1904. Rows include Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien, and Ver. Staaten von Amerika.

Hiernach hat die Förderung in Großbritannien und Deutschland im letzten Jahre zugenommen, in Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika dagegen abgenommen.

Die Weltförderung an Kohlen (ausschließlich Braunkohlen) wird auf etwa 700 000 000 t pro Jahr geschätzt. Hieran haben die Vereinigten Staaten mit etwas mehr, England mit etwas weniger als ein Drittel Anteil.

Eingegangene Schriften.

Von der "Neuen Gesellschaft", Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.

"In Freien Stunden" ist eine Familienzeitschrift im besten Sinne des Wortes, sie sollte in jeder Arbeiterfamilie gelesen werden.

Wie schon der Titel kündigt, ist der Held dieses Romans ein auf seiner Lebensbahn englischer Edelmüller. In jugendlichem Glanz bringt der Held seinen Tag in der glücklichen Welt über sich und seine ganze Familie.

Worte der Weisheit beilegt sich eine Gedichtsammlung des beliebten Dichters Ernst Haas. Sie enthält vornehmlich Prologe für Arbeiterfeste.

Briefkasten.

Aus einer Reihe von Orten sind Beschwerden bei uns eingegangen über fehlende Pakete in der Weihnachtswoche. Mancher Grundstein-Empfänger will statt 170 nur 85 oder 90 zc. Empf. erhalten haben.

Brüder, S. G. Sie Sie daran gehen, sich durch Selbstunterricht zum Voller oder Meister auszubilden, möchte es sich empfehlen, daß Sie ein paar Kurse in den Elementarfächern bei einem Fortbildungskurse durchmachen.

**Gronau, R. O.** Die Anzeige hatten wir damals schon erhalten; wir hätten aber die Veröffentlichung aus den im Briefkasten der Nr. 48 angeführten Gründen unterlassen. Das selbe tun wir auch diesmal. In Ihrem Falle dürfte es viel passender sein, wenn Sie die betreffenden Kollegen durch ein vor ihrer Wohnung angebrachtes Plakat von dem Wechsel in der Person des Ausgabers unterrichten.

**H. U. 045.** Zunächst nennen Sie uns erst einmal Ihren Namen und Ihre Verbandsnummer; wenn Sie Ihre Frage beantwortet haben wollen; im übrigen können wir die Frage nur beantworten, wenn Sie sich etwas klarer ausdrücken und wenn wir den Vortrag einsehen können.

**Grünberg, W.** Mit Serienlofen wird sehr viel Schwindel getrieben, Voricht ist also am Platze. Wir haben mit Vanilhäusern keine Verbindung, können Ihnen also auch über das genannte keine Auskunft erteilen.

**Hofwart, S. D.** Um feststellen zu können, ob die Ortskrankenkasse in Dautsberg noch Verpflichtungen gegen Sie hat, bitten Sie uns mitteilen müssen, wie lange Sie überhaupt krank sind.

**Streikabrechnungen.**

**Zweigverein Rastenburg.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 1750,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	177,44
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	85,40
<b>Summa</b>	<b>M. 1962,84</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 1694,95
besondere Entschädigungen der Streikkommission	75,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	159,10
Forschaffung Zugerestler	62,98
Fernhaltung des Zuges	50,-
Flugblätter und Annoncen	18,52
Porto und Schreibmaterial	6,79
<b>sonstige Ausgaben</b>	<b>6,79</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 1962,84</b>

**Rastenburg, den 4. Juli 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Karl Schwarz, Danzig, S. Pehle, F. Tafel.**

Für die Streikleitung:

**Friedrich Wilschewski.**

**Zweigverein Wreschen.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 1805,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	83,-
Auf Listen gesammelt am Dte.	80,-
<b>Summa</b>	<b>M. 1888,80</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 1464,47
besondere Entschädigungen der Streikkommission	81,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	82,80
Forschaffung Zugerestler	88,70
Fernhaltung des Zuges	128,45
Flugblätter und Annoncen	6,-
Porto und Schreibmaterial	9,93
<b>sonstige Ausgaben</b>	<b>27,95</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 1888,80</b>

**Wreschen, den 26. Juli 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: **Wilhelm Schultz, Posen.**

Für die Streikleitung:

**B. Broß, St. Petersburg, Paul Kunze.**

**Zweigverein Wetda.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 1775,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	89,-
Sonstige Einnahmen	1,-
<b>Summa</b>	<b>M. 1815,-</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 1436,02
besondere Entschädigungen der Streikkommission	23,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	3,90
Forschaffung Zugerestler	148,60
Fernhaltung des Zuges	86,45
Flugblätter und Annoncen	20,43
Porto und Schreibmaterial	8,27
An die Hauptkasse zurückgehandelt	66,53
<b>Für sonstige Ausgaben</b>	<b>11,80</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 1815,-</b>

**Wetda, den 4. Juni 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: **Johann Schent, Erfurt.**

Für die Streikleitung:

**Otto Gambsch, Paul Wärenreger, Otto Hemmann.**

**Zweigverein Rechna i. M.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 825,-
<b>Summa</b>	<b>M. 825,-</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 223,80
besondere Entschädigungen der Streikkommission	10,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	19,60
Forschaffung Zugerestler	5,-
Porto und Schreibmaterial	6,10
An die Hauptkasse zurückgehandelt	52,60
<b>Für sonstige Ausgaben</b>	<b>8,40</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 825,-</b>

**Rechna i. M., den 4. Juli 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für den Vorstand: **H. Mügel, Lübeck.**

Für die Streikleitung:

**F. Altesoh, Otto Wächner.**

**Zweigverein Syd.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 900,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	17,80
<b>Summa</b>	<b>M. 917,80</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 57,90
besondere Entschädigungen der Streikkommission	5,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	35,80
Forschaffung Zugerestler	30,30
Fernhaltung des Zuges	77,70
Flugblätter und Annoncen	9,-
Porto und Schreibmaterial	1,80
<b>Summa</b>	<b>M. 217,80</b>

**Syd, den 9. Juni 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Wilhelm Jellipski, Heinrich Mellenburg.**

Für die Streikleitung:

**Karl Schwarz, Danzig, Hermann Bissarrel.**

**Zweigverein Meuselwitz.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 500,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	124,26
Sonstige Einnahmen	1,-
<b>Summa</b>	<b>M. 625,26</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 603,89
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	4,45
Porto und Schreibmaterial	8,25
<b>sonstige Ausgaben</b>	<b>9,24</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 625,26</b>

**Meuselwitz, den 16. Juli 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Paul Dürschardt, Otto Silber.**

Für die Streikleitung:

**Eugen Walter, Albert Weichert, Alfred Penndorf.**

**Zweigverein Trebbin i. d. Mark.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 150,-
Von den drücklichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	5,-
<b>Summa</b>	<b>M. 155,-</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 133,40
besondere Entschädigung der Streikkommission	15,-
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	8,-
Porto und Schreibmaterial	5,-
<b>sonstige Ausgaben</b>	<b>8,10</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 155,-</b>

**Trebbin i. d. M., den 6. Mai 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: **Albert Bips.**

Für die Streikleitung:

**August Hammer, Ferdinand Fohle, Albert Thieme.**

**Zweigverein Vandsbürg.**

**Einnahme.**

Aus der Hauptkasse	M. 570,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	8,40
<b>Summa</b>	<b>M. 578,40</b>

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung	M. 467,65
Reiseunterstützung an abgereifte Streikende	23,20
Fernhaltung des Zuges	65,30
Flugblätter und Annoncen	7,50
An die Hauptkasse zurückgehandelt	24,85
<b>Für sonstige Ausgaben</b>	<b>40,-</b>
<b>Summa</b>	<b>M. 578,40</b>

**Vandsbürg, den 16. Juli 1905.**

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: **Karl Schwarz, Danzig.**

Für die Streikleitung:

**Joh. Blochowicz, Johs. Grambowsti.**

**Anzeigen.**

**Freiburg i. Br.**

Die Adresse für den Zweigvereinsvorstand ist: **Jacob Wolf, Bertholdstr. 23.** [M. 1,20]

**Glogau.**

Der „Grundstein“-Kolporteur **Paul Werner** wohnt **Markt 48/49, Hof, 1. Et.** [M. 1,20]

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der drei Größtens-Logen der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Tages bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 9 Uhr in unseren Händen sein.)

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

Die regelmäßigen Mitgliedsversammlungen finden jeden Freitag nach dem 10. eines jeden Monats statt.

**Sonnabend, den 6. Januar.**

**Kempten.** Die angelegentlichste Versammlung findet Nachm. 3 Uhr im Lokale „Zur Sonne“ statt, danach gefällige Unterhaltung. Die Kollegen werden gebeten, auch ihre Frauen mitzubringen.

**Samstag, den 7. Januar.**

**Arnswalde.** Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Bienen“.

**Elmsborn.** Nachm. 4 Uhr bei G. Meier. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

**Samstag, den 7. Januar.**

**Gassan.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Referent anwesend.

**Glogau.** Sonntag 11 Uhr im Ratskeller. Vorstandswahl. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

**Hamburg.** (Zementler u. n. Kunstseinerbeiter.) Nachm. 4 Uhr bei Bohland, Niederstr. 60. Alle Mann müssen erscheinen.

**Haynau.** Nachm. 2 Uhr bei Geinitz.

**Lehnh.** Regelmäßige Versammlung im Vereinslokal. Vorstandswahl.

**Memmelsdorf.** Nachm. 3 Uhr im Verbandstokal. Neuwahl des Vorstandes. Alle Kollegen müssen erscheinen. Alle Kollegen müssen mitbringen.

**Nebra.** Nachm. 2 Uhr in der Kirche. 2. O.; Vorbereitung zum vierten Quart. Verschiedenes. Alle Kollegen müssen erscheinen.

**Ohlau.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Bienen“ in Baumgarten. Wägen mitbringen.

**Rendsburg.** Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen Welt“.

**Schriesheim.** Nachm. 3 Uhr im Lokale „Drei Könige“.

**Teuchern.** Nachm. 4 Uhr. 2. O.; Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht.

**Trebitzsch.** Nachm. 3 Uhr bei G. Bomaner. In Freischiff. 2. O.; Abrechnung und Vorstandswahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.

**Trebitz a. d. E.** Nachm. 2 Uhr bei Knauth. Vorstandswahl.

**Träubenbrützen.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Verbandstokal. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Referent anwesend.

**Zehdenick.** Nachm. 3 Uhr im Lokale Buchholz. Bericht der Kolonnenmission.

**Samstag, den 14. Januar.**

**Ahrensdöck.** Auf der Berge bei G. Sichte. Alle Mitglieder sind eingeladen.

**Günersdorf.** Nachm. 3 Uhr in der Andreaskirche Generalversammlung.

**Lauf.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal. 2. O.; Neuwahl des Vorstandes. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Schmölln.** Nachm. 2 1/2 Uhr im „Hunderttal“. Generalversammlung.

**Waldheim.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Restaurant Breitenberg.

**Werder.** Nachm. 3 Uhr bei Koch. Der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung wegen muss jeder Kollege erscheinen.

**Samstag, den 14. Januar.**

**Zentral-Krankenkasse der Maurer n. M.**

**Samstag, den 7. Januar.**

**Gransow.** Nachm. 1 1/2 Uhr im Frankenthal. 2. O.; Vorstandswahl. Referent anwesend. Alle Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

**Lehnh.** Im Tageslokal Mitgliedsversammlung.

**Werder a. d. H.** Nachm. 4 Uhr bei Rog Koch. Vorstandswahl.

**Samstag, den 14. Januar.**

**Marlendorf u. Umg.** Nachm. 9 Uhr bei G. Weidardt Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Referent anwesend. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile soll 15 A.)

**Berlin.** (Sektion der Ruhr.) Am 17. Dezember verstarb unser Mitglied **Ernst Luckenwald** im Alter von 54 Jahren an Herzschwäche. Am 26. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **Josef Rinke** im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung.

**Birstadt.** Am 22. Dezember ist unser Verbandsmitglied **Heinrich Kuhn**, 31. beim Militär, an Herzschlag gestorben.

**Danzig.** Am 13. Dezember verstarb der Kollege **Karl Zolkowski** infolge eines Sturzes.

**Frezhan.** Am 17. Dezember verstarb unser Mitglied **Ernst Lindert** im Alter von 86 Jahren an schweren Brandwunden, die er bei der Arbeit erlitten hatte. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen.

**Gotha.** Am 15. Dezember verstarb unser Verbandskollege **Heinrich Brack** im 89. Lebensjahre an Lungenerkrankung.

**Hannover-Gebrden.** Am 14. Dezember verstarb unser Kollege **Heinr. Schiele** an den Folgen eines Betriebsunfalls im Alter von 30 Jahren.

**Seitrichswalde.** Am 17. Dezember verstarb unser treues Mitglied **Paul Lenke** im Alter von 55 Jahren.

**Zehe.** Am 18. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **Andras Meier** im Alter von 66 Jahren an Magenkrebs.

**Weichen.** Am 24. Dezember verstarb unser Mitglied **Franz Hermann Berger** aus Neppine im Alter von 84 Jahren.

**Neustrelitz.** Am 22. Dezember verstarb unser Verbandskollege **Rudolf Rode**, 61 Jahre alt, an Herzschwäche.

**Nürnberg-Würtz.** Am 18. Dezember verstarb unser erwarteter treuer Verbandskollege **Michael Waldman** in Jülich im Alter von 82 Jahren, indem er in geistiger Umnachtung sich erhängte.

**Neu-Langow.** Am 18. Dezember verstarb unser Verbandskollege **August Konrad** im Alter von 53 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

**Müroret.** Am 17. Dezember verstarb nach kurzer Krankheit unser treuer Verbandskollege **Josef Eberz** im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung.

**Schleiz.** Am 18. Dezember verstarb unser treues Mitglied **Christian Sachs** aus Oettersdorf im Alter von 43 Jahren an der Brustkrankheit.

**Trebitz a. d. E.** Am 17. Dezember verstarb unser Kollege **Otto Ogkier** an Diphteritis im Alter von 26 Jahren. Am 22. Dezember verstarb nach jahrelangem Leiden unser Kollege **Louis Häbner** im Alter von 81 Jahren.

**Werden.** Am 21. Dezember verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied **Hermann Töllner** im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

**Freie ihrem Andenken!**

**Druck: Hamburger Buchbrüderlei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.**

DF

Das Adome

W

In schaffliche Streits, machung, vorständig, des der Zentralkommissionen - Polli, Schriften

Uns

systeme - manente durch die sich fog bilden.

Kapitalistische Welttausende schaffi ausgefeinert

Für Entwurf Kultur für diesem 9 ständl

Manche viele als fallen; und der Schädlich zu berechnen sind, il Familie wir von behaupt stellung im Weg schaff

Schwer Gemalt Erfüllung ichen E

enthülle gamffatt das ord stehen; anerk staats

So zugewei Feststell auf me angewi

Kin Zahl d für d

zu schät die zu arbe diesen ber

„Stant beiter